

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 84

MÄRZ 1991

50 Pfennig



Stern/Gerhard Kronschröder

Bombenteppich äscherte Zehntausende im Irak ein. Für proletarischen Klassenkampf gegen imperialistischen Krieg!

Bush jubelt über Massaker im Irak US/NATO-Sieg am Persischen Golf bedroht die Welt

Kohl zielt gen Osten

Der leichte Sieg der US/NATO-Imperialisten in ihrem einseitigen, blutigen Verwüstungskrieg gegen den Irak ist eine tödliche Gefahr für die Werktätigen und Unterdrückten auf der ganzen Welt.

Der US-geführte Krieg gegen den Irak war in erster Linie Ausdruck der sich verschärfenden Rivalität um die

imperialistische Neuaufteilung der Welt und damit ein blutrünstiger Eröffnungsschuß für den *nächsten* Weltkrieg. Durch den mörderischen Krieg um die Herrschaft über die Ölvorräte der Welt wollte der US-Imperialismus demonstrieren, daß er immer noch genug Macht hat, den Weltpolizisten zu spielen. Mit ihrem Beitrag machte die deutsche Bourgeoisie den Einsatz, um im Spiel zu bleiben bei der Neuaufteilung der Weltmärkte und Ressourcen, die unvermeidlich zum nächsten globalen Aufflammen führen wird, wie dies bei den ersten beiden Weltkriegen der Fall war. Doch sie war nicht gerade begeistert darüber, das Weltmachtstreben des ökonomisch bankrotten US-Imperialismus am Golf zu finanzieren, geschweige denn militärisch zu unterstützen. Die deutsche Bourgeoisie, die ihr Hauptinteresse Richtung Osten sieht, war daher nur widerwillig bereit, sich massiver am Irak-Krieg zu beteiligen, der letztlich auch gegen sie gerichtet war.

In den USA weidet sich Bush daran, daß der irakische Führer Saddam Hussein „von Ruinen umgeben ist“, und ein siegestrunkener Offizier auf dem Feld trompetet Washingtons Botschaft an „den Rest der Welt“ hinaus: „Wenn die USA Streitkräfte einsetzen will, dann paßt

Fortgesetzt auf Seite 18



**Weg mit
Maulkorb-
erlaß für
Araber und
Kurden!**

Siehe Seite 3

Prozeß steht bevor: Verteidigt die Antifaschisten von Moabit!

Die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands hat dem sinistren Wachstum von Hitler-Anbetern und Nazi-Skinhead-Schlägerbanden enormen Auftrieb gegeben. Diese Schocktruppen des Drangs nach Osten bekommen ihre Marschbefehle von Leuten vom Schlage des Republikaner-Führers Carsten Pagel, der davon redet, die „Ostgebiete“ heim ins Vierte Reich zu holen. Mittlerweile wurde in Neuruppin eine sowjetische Kaserne von Faschisten angegriffen. Die Faschisten versuchen, die katastrophalen Konsequenzen der Wiedervereinigung im Osten mit Rassenhaß und rassistischem Terror auf ihre Mühlen zu lenken. Republikaner grölen „Deutschland muß deutsch bleiben“, während in Sachsen 30 Braunhemden, bewaffnet mit Eisenstangen und Zaunlatten, ein Wohnheim für Asylbewerber verwüsten und dessen Bewohner brutal zusammenschlagen. Pagels Behauptung, sie würden Gewalt vermeiden, wurde letztes Jahr erneut Lügen gestraft; glücklicherweise waren es die Republikaner-Schläger, die den kürzeren zogen, als sie mit Messern türkisch-deutsche Paare in der Berliner U-Bahn angriffen.

Bei der Verteidigung der Antifaschisten von Moabit geht es ganz klar um das Recht der Werktätigen, Immigranten und anderer Minoritäten auf Selbstverteidigung gegen faschistische Angriffe. Weil Renate Dahlhaus und Michael Philippsen eine antifaschistische Veranstaltung in Berlin-Moabit gegen einen bewaffneten Angriff der Republikaner am 14. Januar 1989 verteidigten, erhielten sie Strafbefehle. Der Angriff geschah inmitten des rassistischen „Wahlkampfes“ der Republikaner, der durch Einschüchterungsversuche, Provokationen und unverhüllte Gewalt gekennzeichnet war.

Anfänglich wurde gegen acht *Opfer des Republikaner-Angriffs ermittelt*. Das Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit hat bisher über 200 Unterschriften für die sofortige Einstellung aller Verfahren gegen die Antifaschisten erhalten. Insbesondere erhielten wir Unterstützung und Geldspenden von gewerkschaftlichen, antifaschistischen und Immigrantensorganisationen sowie von Funktionsträgern. Inzwischen wurde das Er-

mittlungsverfahren gegen sechs der Antifaschisten eingestellt. *Das ist unser Erfolg!*

Jetzt ist aber Michael Philippsen wegen „Körperverletzung“ angeklagt und Renate Dahlhaus, weil sie sich gegen einen Nazi-Angriff verteidigt und die Faschisten „mit Gewalt zu einer Unterlassung genötigt“ habe. Die Anklage basiert auf der Zeugenaussage des notorischen Pagel, der der Anführer des faschistischen Angriffs war. Renate und Michael stehen jetzt vor einem Gerichtstermin am 24. Mai beim Amtsgericht Tiergarten.

Es ist kein Zufall, daß Renate Dahlhaus, Kandidatin der Spartakist-Arbeiterpartei bei der Bundestagswahl im letzten Dezember und Sprecherin auf der antifaschistischen Massendemonstration im Januar 1990 in Treptow, zum Ziel von Nazi-Angriffen und staatlicher Repression wird. Die SpAD steht zusammen mit dem Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) in vorderster Reihe gegen rassistische Angriffe und die antikommunistische Hexenjagd. Renate war auch eine Sprecherin der SpAD bei der vom KfsV initiierten Protestkundgebung gegen den Maulkorbberlaß für Araber und andere Immigranten aus dem Nahen Osten in Berlin am 7. Mai (siehe gegenüberliegende Seite). Für die Selbstverteidigung gegen Faschisten wird Michael auch durch ein Zivilverfahren und Schadenersatzforderungen bedroht. Im Fall von Renate liegt die wirkliche Bedeutung in der Kriminalisierung einer bekannten Antifaschistin und kommunistischen Kandidatin bei den Wahlen.

Wir bedanken uns für eure großzügige Unterstützung, wir brauchen sie weiterhin. Mobilisiert eure Freunde, Kollegen und eure Organisationen. Fordert die sofortige Aufhebung der Strafbefehle und die Rücknahme aller Anklagen gegen die Antifaschisten! Schreibt an Richter G. Schultz, Turmstraße 91, 1000 Berlin 21. Erfolgreiche Verteidigung kostet auch viel Geld. Spendet auf das Konto: Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank Hamburg, BLZ 200 400 00, Konto 13 48 267. Kontakt: Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit, c/o Werner Brand, Postfach 11 22 86, 2000 Hamburg 11. ■

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endrweit,
Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden,
Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss,
Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Fax (0 40) 33 01 54
Postfach 51 08 55, 1000 Berlin 51, Fax (0 30) 4 91 14 79
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 4 91 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (16 Ausgaben) DM 10,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-801, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 84

März 1991

Veranstaltungen der SpAD

**Räumt die Kohl/Treuhand-Bande weg durch
Massenstreiks und Betriebsbesetzungen!
SPD/DGB-Bürokraten knebeln die
Arbeiterklasse**

Halle

Sonnabend, 6. April, 16.00 Uhr
Comcenter Halle, Raum 715, Leninallee 70

Berlin

Donnerstag, 11. April, 18.30 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65

**Für eine Sozialistische Föderation des
Nahen Ostens!**

Berlin

Donnerstag, 28. März, 18.30 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65

Weg mit dem Maulkorberlaß für Araber und Kurden!



ND/Burkhard Lange

Am 7. März forderten über 100 Demonstranten in Berlin „Weg mit dem Maulkorberlaß“

„Weg mit dem Maulkorberlaß, keine Abschiebungen!“ riefen am 7. März über 100 Demonstranten, darunter viele Araber, Kurden und Türken, bei einer Protestkundgebung vor dem Sitz des Innensenators in Berlin. Initiiert vom Komitee für soziale Verteidigung (KfSV) hatte eine breite Aktionseinheit zu der Kundgebung aufgerufen, unter anderem Gewerkschaftsvertreter wie die Betriebsräte von Interflug und von Pan Am, der IG-Metall-Gewerkschaftssekretär Necati Gürbaca sowie der HBV-Vorsitzende Manfred Müller und das Leipziger ÖTV-Kreisvorstandsmitglied Fritz-Walter Springer, der Betriebsrat Nihat Bozkurt, Alisa Fuss, die kurdisch/türkische Organisation Kurtulus semp Berlin, die Internationale Liga für Menschenrechte, das Arabische Solidaritätskomitee, die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, der ImmigrantInnen- und Flüchtlingsbereich der Alternativen Liste, Ilona Hepp vom Internationalismusbereich der AL, Arbeitermacht und KPD (ML). Solidaritätserklärungen der Partisan Defense Committees in den USA und Britannien (Schwesterorganisationen des KfSV) wurden vorgelesen.

Mit Schäubles Maulkorberlaß werden Immigranten einer brutalen Bespitzelungskampagne ausgesetzt und von Abschiebung bedroht. Während die US/NATO-Imperialisten ihren Bombenterror auf Irak hageln ließen, knebelte Bonn arabische und andere Immigranten aus dem Nahen Osten und verbot ihnen, ihre Empörung über den Massenmord an ihren Völkern auszudrücken. Allein am 16. Januar wurden bei einer stadtweiten Razzia in Berlin die Wohnungen von über 50 Berlinern

arabischer Herkunft durchsucht, darunter Mitglieder eines Moscheevereins und ein Imam, mindestens neun irakische Einwanderer wurden verhaftet. Viele der etwa 25 000 in Berlin lebenden arabischen Immigranten sind von dem Polizeiterror betroffen, der von rassistischen Aufrufen zur Denunziation und Bespitzelung begleitet ist.

Sa'id Dudin, Sprecher des Arabischen Solidaritätskomitees, stellte bei der Kundgebung fest: „Wir müssen verhindern, daß dieser Maulkorberlaß der Beginn einer Kampagne der Isolierung ist, der Diskriminierung von ausländischen Mitbürgern, und für den weiteren Abbau von demokratischen Rechten in dieser Stadt. Die wahren Terroristen sitzen in den NATO-Stäben, im Pentagon.“

Gleichzeitig mit der imperialistischen Verwüstung des Irak und den rassistischen Angriffen hier führt die Bourgeoisie einen ökonomischen Krieg gegen die Arbeiter der Ex-DDR, die zu Millionen auf die Straße geworfen werden, und es gibt massive Angriffe auf den Lebensstandard aller Arbeiter. Ein Reichsbahnarbeiter berichtete auf der Kundgebung von seinen Streikerfahrungen und betonte, wie wichtig der Kampf gegen den rassistischen Maulkorberlaß im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse ist.

Renate Dahlhaus, Sprecherin der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, ging auf faschistische Angriffe gegen sowjetische Kasernen ein und erklärte: „Die Faschisten sind nur das Echo des Drangs der deutschen Bourgeoisie, Deutschland ‚judenrein‘ zu machen, ihres Drangs nach Osten, erneut eine Operation Barbarossa anzufan-

Fortgesetzt auf Seite 4

Solidaritätsgrüße des Partisan Defense Committee

Nachfolgend drucken wir die Grußadresse des Partisan Defense Committee ab, die bei der Protestkundgebung gegen den Maulkorberlaß verlesen wurde. Das PDC ist die amerikanische Schwesterorganisation des KfsV.

Genossen und Freunde, wir senden euch Solidaritätsgrüße für eure Protestdemonstration.

Die Invasion des Irak unter der Führung der USA hat eine weltweite Hetzjagd gegen arabische Völker nach sich gezogen. Zensur, Verhaftungen und brutale staatliche Repression sind in Britannien, Frankreich und Deutschland eine alltägliche Erscheinung. Im Nahen Osten bereiten die Zionisten mit ihrer völkermörderischen Vetreibungskampagne in den Besetzten Gebieten eine „Endlösung“ der Palästinenserfrage vor.

In den USA stehen die arabischen Immigranten im Kampf gegen rassistischen Terror und staatliche Verfolgung. Um ihre Irak-Invasion vorzubereiten, hat die Regierung versucht, eine chauvinistische Hysterie aufzupeitschen und Antikriegsaktivisten durch das Schüren einer antiarabischen „Terrorismus“-Furcht einzuschüchtern. Arabische Immigranten in den USA sehen sich Brandanschlägen, tätlichen Angriffen, Morddrohungen und Diskriminierungen ausgesetzt. An den Grenzen wird jeder, der mit einem irakischen oder kuwaitischen Paß in die USA einreisen will, fotografiert und ihm werden Fingerabdrücke abgenommen. In den USA selber müssen arabische Immigranten und Amerikaner arabischer Herkunft in Angst leben, daß das FBI vor der Tür stehen könnte. Bei der Arbeit sind sie rassistischen Beschimpfungen, tätlichen Angriffen und Entlassungen ausgesetzt.

Der blutige Sieg der USA über die irakischen Massen ist eine schreckliche Niederlage für die Werktätigen in der ganzen Welt. Mit seinem riesigen Mili-

täraufgebot, 1000 km von der südlichen Grenze des degenerierten sowjetischen Arbeiterstaats entfernt, stellt der US-Imperialismus eine direkte Bedrohung dar. Für die amerikanische Arbeiterklasse und die unterdrückten Minderheiten bedeutet dies zunehmende Repression, Angriffe auf die Gewerkschaften und rassistischen Polizeiterror. Zehntausende von Irakern wurden ermordet bei dem Versuch der USA, ihre Rolle als Polizist der ganzen Welt wieder zurückzuerobern. In den Innenstädten Amerikas hetzt die Regierung ihre Killerbullen auf Millionen von Obdachlosen, Arbeitslosen und Hungernden. Das Symbol der Reagan-Jahre war die Bombardierung der größtenteils schwarzen MOVE-Gemeinde; dabei sind fünf Kinder und sechs Erwachsene umgebracht worden, um alle, die sich gegen die Regierungspolitik wenden wollen, zu furchtsamer Unterwerfung zu zwingen. Was werden die Bush-Jahre mit sich bringen, wo der US-Imperialismus seinen nächsten Massenmord vorbereitet?

Die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands hat zum Wiederaufstieg von faschistischem Terror und offiziellem staatlichen Rassismus geführt – Roma und Cinti, mosambikanische und vietnamesische Arbeiter, alle sind dem ausgesetzt. Im letzten Jahr hat die Regierung versucht, Juden aus der Sowjetunion die Einwanderung zu verbieten; heute ist es die brutale Hexenjagd gegen Araber. Wir fordern von der mächtigen deutschen Arbeiterklasse, die zunehmender Unterdrückung durch das Vierte Reich des deutschen Imperialismus ausgesetzt ist: Steht euren Klassenbrüdern und -schwestern aus allen Ländern zur Seite! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! Stoppt die rassistische Hexenjagd auf Immigranten! Sofortige Aufhebung des politischen Maulkorbs für Menschen aus dem Nahen Osten!

Maulkorberlaß...

Fortsetzung von Seite 3

gen.“ Sie fügte hinzu: „Wir brauchen eine Arbeiterpartei, die Klasseninteressen vertritt und sich das Ziel setzt, Tribun aller Unterdrückten zu sein.“

Der Einheitsfrontprotest fand unter den Losungen statt: „Stoppt die rassistische Hexenjagd gegen Immigranten! Keine Abschiebungen! Sofortige Aufhebung des politischen Maulkorberlasses gegen Leute aus dem Nahen Osten!“ Wichtig bei dieser Protestaktion war die Unterstützung durch Gewerkschaftsvertreter, denn es ist besonders die soziale Macht der organisierten Arbeiterbewegung, die den Ausschlag gibt für die Verteidigung der Immigranten gegen staatliche Unterdrückung und Naziterror. Beschäftigte der Berliner Flughäfen haben in der Vergangenheit mehrmals Abschiebungen blockiert; sie waren unter den Unterstützern vertreten. Nicht interessiert zeigte sich die deutschtümelnde PDS, die schon bei der Massenabschiebung von polnischen, vietnamesischen und mosambikanischen Arbeitern aus der ehemaligen DDR keinen Finger gerührt hatte.

Das KfsV, eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Verteidigungsorganisation, deren Zweck den politischen Zielen der SpAD entspricht, stellte in seiner Protesterklärung fest: „Die deutsche kapitalistische Wiedervereinigung hat zu einem Wiederaufleben von faschisti-

schem Terror und zum Anstieg des offiziellen staatlichen Rassismus gegen Immigranten und Asylbewerber geführt, angeführt von Reichskanzler Kohl und von Lafontaines SPD, die eine Pogromhetze gegen Roma und Cinti entfachte.“ Das KfsV fordert: „Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Stoppt die rassistische Hexenjagd – Keine Abschiebungen! Sofortige Aufhebung des politischen Maulkorberlasses!“ ■

Öffentliche Debatten

Luckenwalde

Debatte zwischen PDS und SpAD

Mittwoch, 20. März, 19.00 Uhr

PDS-Geschäftsstelle Luckenwalde

Dimitroffstr. 16

Halle

Debatte zwischen AG Junge GenossInnen

in der PDS und der SpAD

Trotzkismus, was er nicht ist und was er ist

Mittwoch, 20. März, 18.00 Uhr

Jägerplatz 14

Britannien: „Verteidigung des Irak“ verboten



Fotos: Workers Hammer

Spartacist-Genosse Green wird auf Demonstration verhaftet

LONDON — Am 2. Februar wurde ein Unterstützer der Spartacist League/Britain bei einer von der Campaign for Nuclear Disarmament (CND) organisierten Demonstration gegen den Golf-Krieg in London von der Polizei verhaftet und angegriffen. Der Spartakisten-Block marschierte hinter einem Banner mit den Forderungen: „Besiegt den US-/britischen Imperialismus!“ und „Verteidigt den Irak!“ Die Polizei drohte, daß jeder, der „Sieg für den Irak“ rufen würde, nach dem Gesetz über öffentliche Ordnung verhaftet würde. Genosse Alastair Green wurde von den Polizisten rausgegriffen, nachdem die Demonstranten sich weigerten, ihre Sprechchöre einzustellen.

Während die Demonstration 20 Minuten lang stehen blieb und die empörten Demonstranten forderten: „Laßt ihn frei!“, wurde unser Genosse weggeschleppt und schließlich in einen Polizeiwagen geworfen. Im Inneren schlug einer der Beamten, die Green verhaftet hatten, ihm mit einem Helm ins Gesicht; der Genosse wurde am Mund schlimm verletzt. Ihm wird „Behinderung eines Polizeibeamten“ und „bedrohliches Verhalten“ vorgeworfen.

Zu Beginn der Demonstration vom 2. Februar rückte eine Polizeikette in die Menge vor, um Linke, die ein Banner des „Komitees Hände weg vom Nahen Osten“ mit der Forderung „Sieg für den Irak“ trugen, unter Androhung der Verhaftung zu zwingen, es herunterzunehmen. Ordner der CND applaudierten lauthals, als das Banner herunterkam. Am Ende der Demonstration wurde das Banner im Hyde Park wieder hochgehalten; die Polizei griff ein, bejubelt von CNDlern, und wieder ging das Banner runter.

Die Spartacist League/Britain war mit ihrem Banner an der Seite eines „antiimperialistischen Kontingents“ anderer linker Gruppen (darunter Workers Power, die Workers International League und Unterstützer der Revolutionary Communist Party) marschiert. Später drohte die Polizei nach wiederholten Drohungen und Belästigungen, den nächsten, der „Sieg für den Irak“ rief, zu verhaften, und dann drangen sie ins Kontingent der Spartakisten und griffen sich in grober Weise den Genossen Green.

Die Drohungen gegen die Demonstranten und die

Verhaftung selber waren eine direkte Umsetzung der Anweisungen, die die Staatsanwaltschaft ihrer Majestät an diesem Tag an die Polizei ausgegeben hatte. Es wird oft gesagt, daß die staatsbürgerlichen Freiheiten zusammen mit der Wahrheit zu den ersten Opfern eines Krieges zählen. Deshalb gab es Hauptkammer-„Anhörungen“ gegen irakische und andere arabische Einwohner. Diese Tory-Regierung und die Labour-Regierungen davor haben dazu eine verabscheuungswürdige Geschichte vorzuweisen, ob Krieg oder nicht. Um nur einige wenige anzuführen: die Justizskandale bei den Sechs von Birmingham, den Drei von Winchester, den Vier von Guildford, das „Verbot“ für Sprecher der Sinn Fein und der Irischen Republikaner, die Razzia und der brutale Angriff auf Demonstranten gegen die Kopfsteuer im letzten März.

Jetzt werden diese Methoden, die gegen streikende Bergarbeiter, gegen Drucker und ihre Unterstützer benutzt wurden, gegen Linke angewandt auf Basis des kriminellen Kriegs gegen den Irak. Und wieder hat sich die britische Regierung auf ihre loyale Opposition verlassen können. Am 12. Januar wurden Spartakist-Demonstranten in Glasgow auf Geheiß der CND und der Militant-Tendenz eingekreist, abgeriegelt und mit Verhaftung bedroht. Am 23. Januar zitierte die Zeitung *Independent* die CND-Führerin Marjorie Thompson, die alle, die für den Sieg des Irak eintreten, als „Agents provocateurs“ verleumdete, und den Wunsch äußerte, daß sie sich von den Demonstrationen fernhalten sollten. Und jetzt fangen die Verhaftungen an, auf der Basis von zwielfichtigen „Vorwürfen“ gegen Linke.

Solche Leute wie der Labour-Linke und Parlamentsabgeordnete Tony Benn und die CND haben die Sanktionen gegen den Irak unterstützt, die das Vorspiel zum Krieg waren. Sie traten für die Vereinten Nationen ein, als Feigenblatt für den gewaltigen Aufmarsch der Truppen, die dann im dreckigen Krieg gegen den Irak entfesselt worden sind. Jetzt hat die Führung der CND — diese „Pazifisten“, deren Loyalität in erster Linie der kriegstreiberischen Labour Party von Neil Kinnock gilt — ihren Teil dazu

Fortgesetzt auf Seite 17

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Schluß mit der Hexenjagd! Weg mit Paragraph 218!

Nicht nur, daß jedes Jahr Tausende von Frauen aus Westdeutschland in die Niederlande fahren müssen, um abtreiben zu können. Erregen sie bei ihrer Rückkehr an der Grenze Verdacht (beispielsweise durch Mitführen von Handtüchern und Unterwäsche, oder weil sie als Frau allein am Steuer sitzen), werden sie zur gynäkologischen *Zwangsuntersuchung* eingewiesen und womöglich nach Paragraph 218 vor Gericht gestellt. *Der Spiegel* (4. März) berichtet über Kathrin K., die am Grenzübergang Gronau mit Gewalt ins nahe katholische St.-Antonius-Krankenhaus geschleppt wurde, wo ein „Arzt“ ihre Vagina und ihre Gebärmutter nach „Beweisen“ durchforstete – die Mengeles des Vierten Reichs in Aktion.

Diese grauerregende Hexenjagd findet statt im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen. SPD-Justizminister Krumm denunzierte die Vorwürfe als „Furz der Woche“. Laut Max-Planck-Institut ist die Grenze der Ausgangspunkt jeder zweiten Anzeige wegen Abtreibung. Mit der Vehemenz der Inquisition werden die Frauen verfolgt, öffentlich angeprangert und verurteilt; in Westdeutschland werden alle Informationen über Frauen gespeichert, die abgetrieben haben. Die Arbeiterbewegung muß gegen die Schandparagraphen 218/219 kämpfen!

In der Ex-DDR geht die CDU mit ihrer Schmutzkampagne für das „ungeborene Leben“ zum Angriff über, während die SPD die Frauen zu erniedrigenden Zwangs-

„beratungen“ zwingen will. Überall in Osteuropa zielt die Konterrevolution gegen das grundsätzliche Recht der Frauen auf Abtreibung, als Teil des Kampfes der Kapitalisten, den Widerstand der Arbeiter zu zerschlagen und die Werktätigen in religiöse, sexuelle und soziale Normen zu zwingen. Das Recht auf Abtreibung und kostenlose Verhütungsmittel, genau wie das Recht auf Arbeit, waren Errungenschaften des ehemaligen Arbeiterstaats DDR, die wir verteidigen. Mit der reaktionären Kampagne dagegen soll die Familie als Grundpfeiler der kapitalistischen Gesellschaft gestärkt werden, die die Wurzel der besonderen Unterdrückung der Frau ist. Jetzt werden Hunderttausende von Frauen in Ostdeutschland mit ominösen Frauen„schutz“gesetzen von ihren Arbeitsplätzen vertrieben, Kinderversorgungseinrichtungen werden geschlossen, Frauen sollen zurück zu „Kinder, Küche, Kirche“.

Trotz der grundlegenden Errungenschaften, die die Basis für die materielle Unabhängigkeit der Frau legten, hat die stalinistische Bürokratie mit ihrer Anbetung der „Familie als Keimzelle des Sozialismus“ die Unterdrückung der Frauen nicht beseitigt. Jetzt streiten sich die PDS-Abgeordneten, ob sie eher für die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 auftreten sollen oder nur für die obszöne Fristenlösung, die dem Staat das letzte Wort läßt und die Frauen kriminalisiert.

Kommunisten kämpfen dafür, daß Frauen die Last des Haushalts und die Kindererziehung freiwillig auf qualifizierte gesellschaftliche Einrichtungen übertragen können. Nur die sozialistische Revolution kann die Basis für eine Gesellschaft der Gleichheit und des Überflusses schaffen und die Befreiung der Frauen erkämpfen.

KPD (ML): Wahre „Freunde der UdSSR“?

Teilweise hitzig verlief die Debatte „Lehren des Klassenkampfes zwischen 1919 und 1933“ zwischen SpAD und Kommunistischer Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) am 17. Februar im Weddinger Linkstreff. Die KPD (ML) sieht sich in der Nachfolge der KPD unter Ernst Thälmann. Wie der Vorsitzende der KPD auf der Veranstaltung erklärte: „Vor zwei Jahren wäre es ganz unvorstellbar gewesen, sich mit Trotzlisten zu unterhalten oder gar Debatten zu führen.“ Durch den Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa und die Krise in Gorbatschows Sowjetunion haben so manche die oft schmerzhaft Auseinandersetzung mit der Geschichte des Stalinismus begonnen und sich mit dem Programm Lenins und Trotzki auseinandergesetzt. Andere versuchen jedoch, Leo Trotzki, einen der beiden zentralen Führer der Russischen Revolution, mit Stalins Politik der Klassenkollaboration zu versöhnen. So auch die Genossen der KPD, die zwar anerkennen, daß nur die Spartakisten klipp und klar gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands kämpften und die Sowjetunion verteidigten – von Polen bis Afghanistan und gegen die baltischen Separatisten –, aber gleichzeitig hält die KPD weiter fest an ihrer Konzeption des „Sozialismus in einem Land“.

Als Beispiel des proletarischen Internationalismus der Honecker-Clique wurde die deutsch-sowjetische Freundschaft in der DDR gepriesen. Wie aber die Situation der sowjetischen Soldaten tatsächlich aussah, schilderte eine

SpAD-Rednerin mit einem Beispiel aus einem Gleiskombinat. Dort mußten die sowjetischen Soldaten die schwersten, dreckigsten und schlimmsten Arbeiten ausführen, sie erhielten kein Geld, nur schlechte Wurst, die man in einer Extra-Ecke in der Kantine für sie bereithielt. Sie mußten Arbeiten ausführen, die kein anderer tun wollte, so in der Elaste-Abteilung, wo sie im Sommer bei über 50 Grad Celsius schufteten. Die Rednerin beschrieb auch die entsetzlichen Arbeits- und Wohnbedingungen, unter denen vietnamesische Arbeiter in der DDR leben mußten, und endete: „Wo ist da die deutsch-sowjetische Freundschaft, wo ist da der Internationalismus, der muß schon tot gewesen sein zu der Zeit, wo Stalinismus war“.

Freundschaft mit stalinistischen Regimen von Ulbricht und Breschnjew ist eben nicht Freundschaft mit der proletarischen Revolution, sondern im Gegenteil eine Versicherung gegen sie. Vom „Freund“ und Schönfärber der UdSSR zum Patrioten der eigenen Bourgeoisie ist es kein großer Schritt. Bei der Veranstaltung hatte der Redner der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte ganz plötzlich sogar Buchenwald vergessen, als er die Verbrechen der amerikanischen Bourgeoisie gegen die Verbrechen der deutschen aufrechnete. Ein KPD-Redner trat gegen „Coca-Cola“-Imperialismus auf und denunzierte die amerikanische Arbeiterklasse als korrupt. Doch das Hochjubeln von „Antiamerikanismus“, der von der SPD/PDS in die Arbeiterklasse getragen wird, spiegelt in Wirklichkeit nur deutschen Nationalismus wider. Das Vierte Reich braucht diesen Nationalismus, um im „deutschen Interesse“ ein neues Unternehmen Barbarossa vorzubereiten. Wer wirklich die Errungenschaften der Oktoberrevolution verteidigen will, muß zurückkehren zum Weg von Lenin und Trotzki.

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ



Spartakist

Leipzig, 27. Februar:
Tausende ÖTV-Gewerkschafter marschieren gegen die Treuhand. Mit „Sozialplänen“ wollen SPD- und DGB-Bürokraten die Arbeiterkämpfe gegen kapitalistisches Elend ersticken

Betriebsbesetzungen...

Fortsetzung von Seite 24

die Bundesregierung unter Druck zu setzen, haben IG-Metall-Bürokraten während der Tarifverhandlungen sogar über Betriebsbesetzungen geredet. Aber sie sind als echte Kampfmaßnahmen notwendig. Der Reichsbahnerstreik ist genau zu dem Zeitpunkt von der SPD abgewürgt worden, als Bundesbahner sich anschlossen, weil die Bürokraten von GdED und DGB die Ausweitung fürchteten. Die Ausweitung der ostdeutschen Arbeiterkämpfe auf das machtvolle, organisierte Proletariat im Westen ist jedoch der Schlüssel.

Die SPD tritt für einige Krümel wie die Verlängerung der Kurzarbeit ein, nur um den Widerstand der Arbeiterklasse zu dämpfen. Aber die Arbeiterklasse braucht eine Führung, die Massenstreiks und Betriebsbesetzungen in Ost und West organisiert durch gewählte Streik- und Fabrikkomitees, um gegen Massenarbeitslosigkeit und die um sich greifende Verarmung der Werkstätigen zu kämpfen. So wird die Frage gestellt: wer hat die Macht – die Kapitalisten, die nur Massenverarmung und Zerstörung hervorbringen, oder die Arbeiter, die die Räder der Industrie zum Stillstand bringen können, um ihren Lebensunterhalt zu verteidigen.

Schafft die Arbeitsplatzvernichter ab!

Als sich am 13. Februar tausend Interflug-Arbeiter vor der Treuhand versammelten, wurde Tacheles geredet: Mit dem Ruf „Treuhand raus!“ versuchten Arbeiter, die Treuhand zu stürmen. Die Lügen des Herrn Kohl haben ausgespielt: „Treuhand = Kohls Mafia“ und „Liquidiert die Treuhand“ wurde gefordert. Aber eins fehlte: die Treuhand stellt die Große Koalition dar. So ist der verhaßte Detlef Rohwedder SPD-Mitglied, wie auch die ÖTV-Bürokraten am Lautsprecherwagen. In Gesprächen mit den Interflug-Arbeitern haben die Spartakisten vorgeschlagen, sofort eine mobile Streikpostenkette aus

allen 1000 Demonstranten zu organisieren und zum Flughafen Tegel in Westberlin zu marschieren, um dort die Arbeiter von Lufthansa herauszubringen und Tegel dichtzumachen. Statt dessen mußten die Arbeiter zwei Stunden bei eiskaltem Wetter herumstehen, um am Ende, wie immer, von den Bürokraten mit leeren Händen nach Hause geschickt zu werden.

Die Treuhand ist von der Modrow-Regierung gegründet worden, um die DDR-Wirtschaft möglichst glatt den Kapitalisten zu übergeben. Jetzt fordert *Neues Deutschland* die „Demokratisierung“ der Treuhand: wenn schon enteignet, dann bitte „demokratisch“. Auf jeden Fall ist ND (7. März) entschieden gegen eine „Abwicklung der Treuhand“, denn: „Ostdeutschland ist noch ein einheitlicher Wirtschaftsraum. Insofern hat eine Zentrale ihre Berechtigung.“ Daß die Treuhand Organ einer Regierung ist, die die Interessen von Deutscher Bank, Daimler-Benz, Siemens und BASF vertritt, stört diese Volksfront-Ideologen wenig.

Die Treuhand dirigiert den teuflischen Plan des Kapitals, die Arbeiter im Osten in Massenarbeitslosigkeit zu stürzen, um die Löhne und Sozialleistungen im Westen zu senken, indem die Arbeiter Ost gegen die Arbeiter West ausgespielt werden, besonders gegen die Immigranten, um damit die Einheit der Arbeiterklasse zu zerreißen. Die Lösung ist nicht einfach, die Treuhand zu stürmen, sondern die Arbeiter müssen die Betriebe besetzen, um zusammen mit den Arbeitern im Westen Entlassungen und Stilllegungen von Betrieben und Einrichtungen zu verhindern.

Das Bild aus dem „goldenen Westen“: Preise steigen, Mieten explodieren, Kohl (versprochen ist gebrochen) greift unverschämt in die Brieftaschen der Arbeiter, um den Golfkrieg und die „Kosten der Einheit“ zu finanzieren. „Kosten der Einheit“ bedeutet im Klartext Entschädigungen für IG Farben und alte Nazis, während frühere Zwangsarbeiter leer ausgehen sollen.

Fortgesetzt auf Seite 8

Stoppt Nazi-Terror gegen Flüchtlinge!

Am 23. Februar prügelten 30 Nazis in Leisnig, Sachsen, mit Fahrraddketten, Zaunlatten, Spaten und Eisenstangen auf fast 60 Asylbewerber ein, unter Rufen wie „Scheiß-Ausländer“. Die Asylsuchenden aus Eritrea, Pakistan, Indien und der Türkei fliehen aus dem sächsischen Ort in den Westen nach Hessen. Sie wollen sicher sein vor Nazis, aber auch weg von den täglichen Diskriminierungen und abscheulichen Lebensbedingungen im Gebiet der ehemaligen DDR. Von den Landesregierungen wurden sie hinter Elektrozaune und Stacheldraht in Lager gesteckt, ohne Toiletten, ohne Küchen. Einige von ihnen wurden schon gewaltsam in den Osten zurückgeschleppt. Geradezu tragisch ist es, daß viele Flüchtlinge im Westen unterzukommen hoffen, wo für Roma und Cinti, Tamilen und Pakistaner schon jahrelang Lager gebaut wurden, die den „Lebensbedingungen im Osten ähneln, und wo diese Menschen von der Polizei verfolgt und terrorisiert werden.

Wir Spartakisten rufen dazu auf: *Verteidigt Immigranten gegen faschistische Angriffe! Volle Staatsbürgerrechte, sofort! Gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigungsgruppen aus den umliegenden Betrieben müssen den Schutz der Immigranten übernehmen und dem faschistischen Pack eine kräftige Lehre erteilen!* Die braune Nazipest erhebt ihr blutiges Haupt nicht nur gegen Asylsuchende, sondern verstärkt auch gegen sowjetische Soldaten. Die Rotarmisten in Leisnig (fast 2000 Mann stark) sollten sich mit den bewußtesten und entschlossensten Arbeitern verbinden und Schluß machen mit dem blutigen Naziteror. *Stoppt die Nazis durch Arbeitereinheitfrontaktionen!*

Den Kampf gegen die Rottenthunde des Vierten Reichs zu organisieren ist dringender denn je. Seit dem Schlachtruf „Deutschland, einig Vaterland“ verbreiten die Faschisten verstärkt ihren Terror. Aufgrund der offiziellen rassistischen Politik der Regierung, die sowjetischen Juden die Einreise verbietet, und der von Lafontaine

(SPD) geschürten Pogromhetze gegen Cinti und Roma vergeht kein Tag, ohne daß türkische Arbeiter oder dunkelhäutige Bürger auf den Straßen Angriffen ausgesetzt sind. Die antikommunistische Hexenjagd auf Linke, Schriftsteller und Bürgerrechtler schafft ein rassistisches Klima, das, bei jetzt fast 5 Millionen Arbeitslosen und bei der Verzweigung von Millionen Menschen ohne Arbeit und Zukunft, den Nährboden liefert für die Nazis. *Der Spiegel* (11. März) warnt, „daß im Herbst 1991 im Großraum Berlin die Arbeitslosigkeit höher sein werde als im Jahre 1932“, ein Jahr, bevor die Nazis an die Macht kamen. Um die Faschisten zu stoppen, sind energische Arbeiteraktionen notwendig, und sie müssen gestoppt werden, solange sie noch *wenige* sind! Aber die PDS fordert jetzt: „die Zuweisung von Flüchtlingen sollte ... ausgesetzt werden“ — die Ex-DDR also „ausländerfrei“ gemacht werden? Schon unter der Modrow-Regierung begannen die Massenabschiebungen der polnischen, mosambikanischen und vietnamesischen Arbeiter, und die PDS weigerte sich *jetzt*, arabische und kurdische Opfer des politischen Maulkorberlasses zu verteidigen. Nun gießen sie Öl ins Feuer der „Empörung“ im Westen über den Rassismus im Osten. Dies nutzt die Bourgeoisie zu einer heuchlerischen Kampagne, „40 Jahre Kommunismus“ hätten diese schrecklichen Kreaturen hervorgebracht.

Aber die größte antifaschistische Demonstration in der deutschen Geschichte, mit über 250 000 Menschen, fand im Treptower Park in Berlin/DDR am 3. Januar 1990 statt. Diese von den Spartakisten initiierte Einheitsfrontaktion gegen die Schändung des sowjetischen Ehrenmals, die von der SED-PDS aufgegriffen wurde, ist ein Beispiel, von dem wir viele brauchen. Wir müssen die Macht der Arbeiterklasse entfesseln, um gegen Rassismus, Antisemitismus und Massenarbeitslosigkeit zu kämpfen. Für Arbeiteraktionen gegen Naziterror! ■

Betriebsbesetzungen...

Fortsetzung von Seite 7

Solange die DDR existierte, versorgten die Kapitalisten Westberlin vom Tropf, um strahlende Schaufenster am Kudamm zu halten. Damit ist Schluß; die Zulagen werden gestrichen, Berlin wird auf das Niveau der „neuen Bundesländer“ hinuntergedrückt. Konzerne wie SEL, Philips und Leica wollen Tausende entlassen, und nicht nur in Berlin, auch in Hamburg, Aachen usw.

SPD — Trojanisches Pferd der Konterrevolution

Die in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt versprochene Angleichung an die Westlöhne ab 1994 ist ein zynischer Witz. Bis dahin sollen Hunderttausende ihre Arbeitsplätze verlieren. Kein Wunder, daß die Arbeiter von Waggonbau Ammendorf und anderen Betrieben diesen Abschluß als Augenwischerei empört abgelehnt haben. Im Westen fordern die Gewerkschaftsböden lächerliche 10 Prozent Lohnerhöhung, was noch nicht einmal zum Ausgleich der Steuererhöhungen und der Inflation reicht. Die SpAD fordert: *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, jetzt!*

Es ist kein Zufall, daß die SPD als erste Steuererhöhungen gefordert hat, wohl wissend, daß jede D-Mark im Rachen der Kapitalisten mehr Rationalisierung, mehr Arbeitshetze und mehr Arbeitslose bedeutet. Die SPD hat 1914 für die Kriegskredite ihrer eigenen Bourgeoisie gestimmt. Nach dem US/NATO-Massenmord am Golf

fordert die SPD jetzt Grundgesetzänderungen, um die Bundeswehr ins Ausland zu schicken — damit das Vierte Reich in Zukunft *im deutschen Interesse* marschbereit ist.

Die SpAD kämpfte für *politische Streiks gegen den Krieg gegen den Irak*. Genau wie bei den Angriffen auf die Werktätigen hier ist es der imperialistische Drang nach Profiten, der zum mörderischen Krieg gegen die irakische Bevölkerung führte. Das haben die Arbeiter der Neptun-Werft in Rostock auch erkannt, als sie bei ihren Demonstrationen gegen die Massenentlassungen gegen den Irak-Krieg protestierten. In Hamburg führte unsere Forderung nach einem eintägigen stadtweiten Streik zum ersten Mal seit Jahren bei einer Vertrauensleutekörper-Sitzung im Hafen zu einer politischen Debatte.

Arbeiterwiderstand muß organisiert werden!

„Das lassen wir nicht mit uns machen!“, sagte ein Werftarbeiter und drückte damit die Stimmung von 4000 Arbeitern aus, die am 26. Januar gegen die drohende Stilllegung der Neptun-Werft in Rostock demonstrierten. Am 20. Februar sprach ein Hamburger Hafentarbeiter und Spartakist-Unterstützer vor demonstrierenden Arbeitern der Neptun- und Warnow-Werft in Rostock: „Für Betriebsbesetzungen gegen Entlassungen und Stilllegungen! Schickt Delegationen zu westdeutschen Werften und Häfen! Es gibt keine Grenze mehr! Warum findet diese Aktion nur in Mecklenburg-Vorpommern statt? Frank Teichmüller ist IG-Metall-Vorsitzender in Hamburg. Warum gibt es hier keine Delegation aus Hamburg,

Interflug-Arbeiter kämpfen um ihre Existenz. Spartakisten schlugen vor, mit Streikpostenketten zum Flughafen Tegel zu gehen, um die Solidarität der Lufthansa-Kollegen zu gewinnen



Berliner Kurier

Bremen oder Kiel? Was für eine Politik ist das? Das bedeutet Isolierung, Spaltung und langsames Sterben. Wir brauchen gemeinsame Streiks und Aktionen – in Ost und West, Frau und Mann, Deutsche und Immigranten!“

Um den Kampf zu organisieren, müssen die Arbeiter selbst die besten und entschlossensten Kollegen in Streikkomitees wählen, diese Streikkomitees müssen effektive Streikposten und die Ausweitung des Kampfes organisieren. Denn gegenwärtig wird alles getan, um eine Verbindung der kämpfenden Arbeiter untereinander zu verhindern und so den vereinzelt Arbeitern eine Niederlage zu bereiten. Es müssen Delegationen in die anderen Betriebe geschickt werden, besonders im Westen, und Streik- sowie Besetzungsleitungen müssen miteinander verbunden werden, damit stärkere Betriebe die schwächeren unterstützen können.

Trotzki schrieb 1938 im *Übergangsprogramm*, gestützt auf die Erfahrungen der russischen Oktoberrevolution und der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise:

„Die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen müssen die Arbeiter und die Arbeitslosen in der *Solidarität einer gegenseitigen Verantwortung* verbinden. Auf dieser Grundlage würde die gesamte vorhandene Arbeit unter alle vorhandenen Arbeiter aufgeteilt, und so die Länge der Arbeitswoche bestimmt. Der Durchschnittslohn jedes Arbeiters bleibt der gleiche wie in der alten Arbeitswoche. Die Löhne sollen, bei einem streng garantierten *Minimum*, der Preisbewegung folgen. Für die heutige Periode der Katastrophen ist kein anderes Programm annehmbar... Es handelt sich nicht um einen ‚normalen‘ Zusammenstoß zwischen entgegengesetzten materiellen Interessen. Es handelt sich darum, das Proletariat vor Verfall, Demoralisierung und Untergang zu bewahren. Es geht um Leben oder Tod der einzigen schöpferischen und fortschrittlichen Klasse und damit um die Zukunft der Menschheit. Wenn der Kapitalismus unfähig ist, die Forderungen zu erfüllen, dann soll er zugrundegehen.“

Es geht also um die Macht. Gerade deshalb muß die kämpfende Arbeiterklasse alle Unterdrückten der Gesellschaft um sich scharen: Rentner, denen man Hungerhilfen statt anständige Renten gewährt; Jugendliche, die ohne Zukunft und Ausbildung dastehen. Polikliniken, Krippen und Kindertagesstätten werden zerschlagen. Frauen sollen zurück zu „Kinder, Küche, Kirche“, während kranke Polizeihirne Frauen, die aus den Niederlanden einreisen, „medizinischen Untersuchungen“ unter-

werfen, um festzustellen, ob sie abgetrieben haben. Gleichzeitig werden selbst die mageren Gelder für Aids-Patienten gestrichen. Die gleichen Heuchler, die den Schandparagraphen 218 verteidigen, muten uns zu, Kirchensteuer zu zahlen. Weg mit beidem!

Die Bourgeoisie von Auschwitz nutzte den Golfkrieg, um ihr rassistisches Ausländergesetz zur Knebelung und polizeilichen Überwachung von Immigranten einzusetzen, die zu den kämpferischsten Teilen der westdeutschen Arbeiterklasse zählen. Aus den Poren der Gesellschaft kriecht die so ermutigte braune Pest, die im alten Geist die Verzweiflung in Haß auf Immigranten ummünzen will. Die Bosse wollen ein Gefühl von „Deutschen zweiter Klasse“ erzeugen, die nur im Kampf gegen eine noch rechtlosere „dritte Klasse“ Bestätigung finden können. Sie hoffen, als Urheber des Elends mit heiler Haut davonzukommen, indem sie Arbeiter gegen Arbeiter hetzen, und Massenarbeitslosigkeit ist für die Nazis ein ertragreicher Boden. Die Arbeiterbewegung darf diesem Abschaum keinen Fußbreit überlassen. Zerschlagt die Faschisten durch Arbeitereinheitsfronten, organisiert gewerkschaftliche Selbstverteidigungsgruppen, um unsere Kollegen, Immigranten, Asylanten, Jugendliche, sowjetische Soldaten und Asylbewerber zu verteidigen. Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Wir brauchen eine revolutionäre Partei, die die Kämpfe *aller* Unterdrückten verbindet mit dem Klassenkampf der Arbeiter. Von Anfang an haben wir Spartakisten in den Betrieben und auf der Straße gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und ihre katastrophalen Auswirkungen gekämpft. Wir kämpfen darum, die bewußtesten Arbeiter zu gewinnen und eine leninistische Avantgardepartei aufzubauen, die fähig und bereit ist, den Arbeiterwiderstand zu organisieren, um die Macht des Kapitals zu brechen und eine Arbeiterregierung zu errichten. Schließt euch uns an! ■

Spartakist-Treffpunkte

Berlin Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr
Linkstreif, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 85
U-Bahn Nauener Platz

Halle Donnerstag von 16.00 bis 20.00 Uhr
Comcenter, Raum 30, Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55

Proimperialistische „Demokraten“, Hardliner und Gorbatschow

Wohin geht die Sowjetunion?

Das Vorgehen Moskaus gegen die baltischen Separatisten, das die westlichen Imperialisten so verärgert hat, fand im Zusammenhang einer Wende des Gorbatschow-Regimes statt, um das zerfallende System zu stützen. Herr Perestroika ruft jetzt zunehmend nach Gesetz, Ordnung und Disziplin. Der KGB wurde instruiert, gegen illegale Profitmacherei und „ökonomische Sabotage“ vorzugehen. Armeepatrouillen ergänzen die Polizei bei der Kontrolle der großen Städte.

Es ist klar, daß es eine gewisse Wende gegeben hat. Aber wie entscheidend oder dauerhaft ist sie? Das Zurückdrängen der baltischen Separatisten und die Wende in Richtung Recht und Ordnung sind nur eine Episode in der unheilbaren Krise der stalinistischen Herrschaft in der UdSSR. Die bürokratische Kreml-Elite zerfällt und polarisiert sich. Auf der einen Seite gibt es die verhätschelten

Kinder von Stalins Apparatschiks, die wie amerikanische oder deutsche Aufsteiger leben möchten. Diese Unterstützer des „freien Marktes“ wollen die Fabriken, Bergwerke und Ölfelder, die durch den Schweiß und das Blut der Arbeiter aufgebaut wurden, an Wall Street und die Frankfurter Bankiers ausverkaufen und den Gewinn einstecken. Sie nennen sich „Demokraten“.

Auf der anderen Seite gibt es die stalinistischen Apparatschiks, Militärs und KGB-Leute, die zu den Tagen zurückkehren wollen, als sie die Befehle gaben. Sie appellieren an großrussischen Nationalismus und sogar an üble antisemitische Demagogie. Sie nennen sich „Patrioten“.

Was bei der gegenwärtigen ideologischen Polarisierung fehlt, ist die sowjetische Arbeiterklasse. Streiks und Massenproteste gegen die von Gorbatschow geplanten scharfen Preiserhöhungen werden weiter eskalieren. Arbeiterkämpfe zur Verteidigung der sozialen Gleichheit und der Aufbau eines authentischen leninistischen Attraktionspols würden die gegenwärtige Ausrichtung der Kräfte innerhalb der Bürokratie und der Intelligenz zertümmern. Einige Intellektuelle, die jetzt die „demokrati-

sche“ Opposition unterstützen, und auch viele sowjetpatriotische Militärs würden auf die Seite der kampfbereiten Massen übergehen. Zur gleichen Zeit würden etliche „Marktwirtschaftler“ mit den stalinistischen Hardlinern einen Block bilden, um den Arbeiterwiderstand zu unterdrücken.

Heute fürchten viele sowjetische Werktätige zu Recht, daß der Zerfall der UdSSR blutige nationalistische Auseinandersetzungen entfachen wird (wie jetzt im Kaukasus), während die Überreste Halbkolonien des Imperialismus werden. Der multinationalen sowjetischen Staat kann nur durch wirkliche Gleichheit und Gerechtigkeit für all seine Völker auf einer sozialistischen Basis erhalten und regeneriert werden. Dafür ist es notwendig, zum proletarischen Internationalismus der Bolschewiki zurückzukehren, die entschieden gegen alle Formen des Nationalismus kämpften, auch und beson-

ders gegen den großrussischen Nationalismus.

Litauische Sajudis an der Spitze der Konterrevolution

Als Leninisten und Internationalisten stehen wir für die demokratische Reorganisation der Sowjetunion und für das Selbstbestimmungsrecht für jede Nationalität mit einer Führung, die gegen Konterrevolution ist, sich so weit zurückziehen, wie sie es für angemessen hält. Die baltischen Separatisten wollen jedoch eine blutige kapitalistische Konterrevolution herbeiführen. Hinter ihren Appellen für „demokratische“ Rechte haben sie eine bösartige antidemokratische, tatsächlich rassistische Politik gegenüber den nichtbaltischen sowjetischen Völkern betrieben, die in diesen Republiken leben. Zum Beispiel wurden die Parlamente, die die „Unabhängigkeit“ erklärt haben, in einem Wahlgang gewählt, der viele der sowjetischen Bürger ausschloß, die in Litauen, Lettland und Estland leben.

Das Sajudis-Regime von Landsbergis hat am unverhohlenen gezeigt, daß es vorhat, den Kapitalismus auf Grundlage der Verelendung der Arbeiterklasse zu restau-



Raymer/National Geographic

Maifeier auf dem Roten Platz, 1990: Ein pensionierter Offizier der Sowjetarmee tritt antikommunistischem Demonstranten entgegen

**Kehrt zum Weg Lenins und Trotzki zurück!
Für eine Sozialistische Union von Sowjetrepubliken!**

rieren. Das ökonomische Programm von Landsbergis könnte vom *Wall Street Journal* oder vom *Handelsblatt* diktiert worden sein und war es vielleicht auch: Es fordert das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln und Land, will ausländische Investitionen anlocken und sogar verbieten, Fabriken in Kollektiveigentum zu überführen, Preise sollen auf dem freien Markt entschieden werden.

Genau wie bei der kapitalistischen Konterrevolution stehen die litauischen Nationalisten auch an vorderster Front beim imperialistischen Drang zur Zerstückelung der UdSSR. In einem Interview mit dem *Wall Street Journal* (11. September 1990) rief Landsbergis die NATO dazu auf, eine neue Kalte-

Kriegs-Offensive zu starten: „Wir denken, daß der Westen zu zurückhaltend ist; zu zurückhaltend, weil er keine Komplikationen mit den Sowjets riskieren will. Sie könnten die Sowjets viel stärker zurückdrängen, denn die Sowjets sind am Rande des Zusammenbruchs und ziehen sich von allen Eroberungen zurück, und dieser Rückzug könnte das Baltikum einschließen.“

Das Sajudis-Regime hat gezielt sowjetische Soldaten und Offiziere provoziert, die in Litauen stationiert sind. Sie werden auf der Straße verhöhnt, ihre Kinder werden in der Schule zusammengeschlagen, Denkmäler der Roten Armee, die ihren Sieg über Nazi-Deutschland ehren, werden zerstört. Das Landsbergis-Regime hat sowjetischen Soldaten das Recht auf Wohnraum weggenommen und ihren Kindern das Recht auf Schulbildung. Der Kommandant eines Fallschirmjäger-Regiments, das in Kaunas stationiert ist, stellte die sowjetische Militärintervention in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968, die er verurteilte, der gegenwärtigen Situation in Litauen gegenüber: „Dort haben sie Demokratie niedergeschlagen. Hier gibt es keine Demokratie. Es ist eine wirklich faschistische Diktatur.“

Die westlichen bürgerlichen Medien stellen die Gegner der baltischen Abtrennung, die sich jetzt um „Komitees der Nationalen Rettung“ organisieren, als einfache Agenten oder Handlanger Moskaus dar. Doch ein großer Teil der Bevölkerung in den baltischen Staaten, die stark in der Arbeiterklasse konzentrierten Russen, Ukrainer, Belorussen und anderen Nationalitäten, würden die ersten direkten Opfer des Drangs zur kapitalistischen Ausbeutung sein. Eine Woche vor dem Zurückschlagen der baltischen Nationalisten in Vilnius Mitte Januar gab es Massendemonstrationen von Russen, Polen und auch ethnischen Litauern gegen den ursprünglichen Plan des Sajudis-Regimes, Preiserhöhungen um 200 bis 800 Prozent durchzuführen! Diese Proteste weisen auf die Möglichkeit hin, die multinationale Arbeiterklasse von Vilnius bis Moskau zu vereinen im Kampf gegen die Kräfte der blutigen Konterrevolution.

Gorbatschows gegenwärtige Wende ist nicht einfach eine Reaktion auf die Provokationen der baltischen Sezessionisten. Sie ist auch eine Antwort auf die Kampagne der „demokratischen“ Opposition, die jetzt von Boris Jelzin von seiner Machtbasis aus als Präsident der Russischen Republik geführt wird. Jelzin drohte damit, eine eigene Währung herauszugeben und eigene Streitkräfte der Russischen Republik aufzustellen. Nach dem Muster einer ökonomischen Kommission des Weltbank-Kartells (Internationaler Währungsfonds, Weltbank usw.), das der Sowjetunion eine „Schockbehandlung“ wie in Polen „empfohl“, drohte Jelzin, 90 Prozent des Beitrags



Sowjetbürger vor einer Bank, als die Regierung 50- und 100-Rubelnoten einzog. Perestroika schafft ökonomisches Chaos

Wochenpresse

der Russischen Republik für das zentrale sowjetische Budget einzubehalten.

Angesichts der politischen Offensive und Provokationen der von Jelzin geführten „Demokraten“ inmitten zunehmender nationalistischer Unruhe und ökonomischem Chaos wandte sich Gorbatschow um Unterstützung an die alten stalinistischen Apparatschiks, die er zuvor abgewertet und sogar beschimpft hatte. Doch Gorbatschows „konservative“ Wende ist von ziemlich begrenztem Charakter. Seine letzten ökonomischen „Reformen“ dienen dazu, die Werktätigen, einschließlich der ärmsten Schichten, für jahrelange größte bürokratische Mißwirtschaft zahlen zu lassen.

Am Tag der sowjetischen Armee, dem 23. Februar, versammelten sich nach dem Aufruf eines Sprechers der Streitkräfte mehrere Hunderttausende Menschen auf dem Manegenplatz in der Nähe des Kreml unter der Losung „die Partei und die Armee sind eins“. Zu der Demonstration hatte auch die „Sojus“ (Union) aufgerufen, eine Gruppe von Parlamentsabgeordneten russisch-nationalistischer stalinistischer Hardliner. In der allgegenwärtigen Krisenatmosphäre in der Sowjetunion erklärte der Sojus-Sprecher Oberst Viktor Alksnis: „Unsere Nachkommen werden uns verfluchen, wenn wir die Union zusammenbrechen lassen“, und warnte vor der Gefahr eines „Bürgerkriegs“. Bei seiner Verurteilung derjenigen, die sagen: „Nieder mit dem Imperium“, appellierte Alksnis offen an reaktionären russischen Nationalismus, indem er sich auf die „Vorfahren“ berief, „die auf dem Schlachtfeld von Borodino gefallen sind“, als sie in der zaristischen Armee gegen Napoleon kämpften.

Der Platz und die Nebenstraßen waren eine Flut von Menschen mit roten Bannern. Als Antwort auf den Führer der Russischen Republik, Boris Jelzin, den Liebling der prowestlichen „Demokraten“, der letzte Woche provokativ im landesweiten Fernsehen den Rücktritt des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow gefordert hatte, gab es Plakate wie „Verräter Jelzin, tritt ab“ und „Jelzin bedeutet Bürgerkrieg“. Es gab auch Plakate, die den Krieg der USA gegen den Irak verurteilten, darunter „Bush! Beende das Bombardement und vernichte nicht die Bürger des Irak“. Aber neben Bannern mit der Losung „Hände weg von Lenin“ gab es auch monarchistische Embleme, und die Demonstration war durchsetzt von offenen Antisemiten, die Plakate hatten mit dem Davidstern direkt neben dem Wort „Feind“.

Zunehmend haben sich Militärs als Führer der „konservativen“ stalinistischen Kräfte angeboten. Viele westliche Beobachter überlegen sich jetzt, daß Gorbatschow zu einem Gefangenen der Hardliner im Militär geworden

Fortgesetzt auf Seite 21

Rassismus des Vierten Reichs: Immigranten sind Zielscheibe

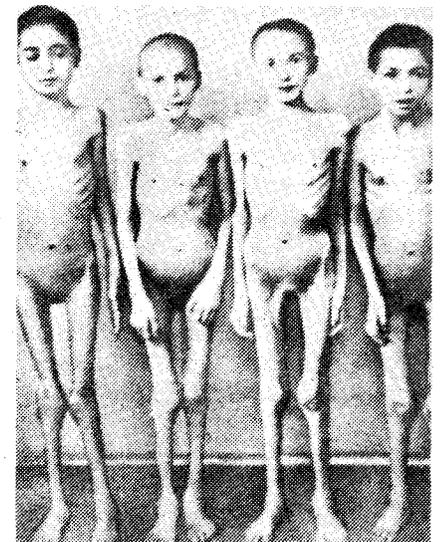
Stoppt die Verfolgung der Roma und Cinti!

Seit Monaten betreibt das Vierte Reich des deutschen Imperialismus eine massive rassistische Kampagne gegen „Flüchtlingsströme“ aus dem Osten, die sich besonders gegen Opfer des Nazi-Völkermords richtet, gegen Roma und Cinti. Dabei profiliert sich besonders Lafontaines Sozialdemokratie mit reaktionären Angriffen auf das zumindest auf dem Papier existierende Asylrecht. Gleichzeitig gibt es fast täglich mörderische Nazi/Skinhead-Angriffe auf Flüchtlingslager, in denen die Menschen unter entsetzlichen Bedingungen leben müssen. Allein in den letzten zwei Wochen wurden mehrere der erbärmlichen Lager in der Ex-DDR überfallen, wo Asylbewerber unter unmenschlichen Bedingungen eingepfercht sind. Die Immigranten flüchteten aus Angst um ihr Leben nach Westdeutschland, wo ihnen jetzt die Abschiebung droht.

Jetzt will der nordrhein-westfälische SPD-Innenminister Herbert Schnoor 5000 Roma aus Düsseldorf nach Skopje in Jugoslawien abschieben, wo Deutschland spezielle Gettos für sie errichtet. Der saarländische SPD-Innenminister Läßle fordert die generelle Abschiebung von Flüchtlingen aus Staaten, „in denen sich jetzt demokratische Verhältnisse durchsetzen“. Wie schon bei der Konterrevolution in der Ex-DDR, wo sich die SPD als Speerspitze der Konterrevolution erwiesen hat, steht sie in vorderster Front bei dem dreckigen Geschäft, Flüchtlinge in die „Demokratie“ Osteuropas zurückzujagen. In Wirklichkeit lebt mit dem Zusammenbruch der stalinisti-

schen Regime all der alte chauvinistische, faschistische und antisemitische Dreck wieder auf, und die Roma und Cinti sind unter den ersten Opfern. Nachfolgend drucken wir einen leicht erweiterten Artikel aus *Women and Revolution* Nr. 38, Winter 1990/91, der Zeitung der Frauenkommission der Spartacist League/U.S.

BERLIN — In den letzten Jahren, als sich die stalinistischen Regime in Osteuropa mehr und mehr aufgelöst haben, sind Tausende von Roma über die Grenzen in den Westen gekommen — aus Ungarn, der Tschechoslowakei, Jugoslawien. Es ist die größte Bevölkerungsver-schiebung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Bei weitem die meisten kommen aus Rumänien; dort bilden die Roma mit über zwei Millionen die stärkste Minderheit nach den Ungarn. Hunderte von Flüchtlingen, die in praktisch allen deutschen Städten Asyl suchen, werden in eilig errichtete „Unterkünfte“ eingepfercht — unbenutzte U-Bahnhöfe, leerstehende Kasernen, Schulsporthallen, Zelte. Zum Straßenbild in den Städten gehören jetzt Roma-Familien, die in Bahnhöfen kampieren; Frauen oder Kinder, manchmal mit Musikinstrumenten, die auf stark frequentierten Bürgersteigen betteln. Behörden kommentieren unterkühlt das „Zigeunerproblem“: „Wo die alle bleiben, wissen wir auch nicht.“ Die Roma, in Deutschland Roma und Cinti (die seit Jahrhunderten im deutschsprachigen Raum leben), werden von der Polizei verfolgt; sie werden von einem Ort zum anderen getrie-



2000 Demonstranten 1979 in Bergen-Belsen verlangen Entschädigung für Roma-Opfer der Nazis. Oben: Cinti und Roma wurden in den KZs in „medizinischen Experimenten“ gefoltert

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

ben, zusammengeschlagen und mit Füßen getreten, von mordsüchtigen Skinheads überfallen. In unserer Klassenkampf-Wahlkampagne bei den Bundestagswahlen im Dezember hat die Spartakist-Arbeiterpartei die Forderungen in den Vordergrund gerückt: Stoppt alle Abschiebungen von Roma! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Die Roma flüchten aus Osteuropa aus Angst um ihr Leben. Während die stalinistischen Regime zusammenbrechen und die Länder Osteuropas in eine unkontrollierte Marktwirtschaft gestürzt werden, ergießt sich über das ganze Gebiet eine Flut allseitigen Rassismus. Und die Roma trifft dieser Rassismus zuerst und am härtesten. Die bürgerlichen Ideologen feiern den „Tod des Kommunismus“, aber die Rückkehr der kapitalistischen Ausbeutung hat auch die Wiederauferstehung all des nationalistischen, antisemitischen, antikommunistischen Abschaums mit sich gebracht, der die Region vor dem Sieg der Roten Armee 1945 dominierte. Der Pogrom-Wahnsinn wendet sich gegen die sehr sichtbaren, historisch geschmähten Roma, die in allen Ländern Europas jahrhundertlang dem Haß ausgesetzt waren. Verleumdet und verteufelt als „Verbrecher“, „Parasiten“ und „Gesundheitsgefahr“, werden die Roma aus den Poren der Gesellschaft der osteuropäischen Länder hinausgepreßt. Es ist nicht der wirtschaftliche Zusammenbruch, der die Roma vertreibt, sondern mörderische Angriffe auf sie und ihre Kinder, einfach, weil sie Roma sind. So fliehen sie nach Deutschland, und dort werden sie konfrontiert mit der Bigotterie des Vierten Reichs, des Erben von Hitlers Nazi-Reich, das 500 000 Roma und Cinti im Holocaust hinschlachtete.

Osteuropa: „Marktwirtschaft“ und Rassismus

Die Pogrome werden durch die gegenwärtigen osteuropäischen Regime toleriert. Vor 50 Jahren waren es in Ungarn die faschistischen Milaschi, in Albanien die Balisti, in Kroatien die Ustascha, die Roma und Cinti ermordeten. Heute findet die nationalistisch-rassistische Losung „Rumänien den Rumänen“, die von Hitlers Verbündeten Antonescu stammt, neuen Anklang. Für die Ermordung von etwa 300 000 Roma ernteten er und seine Eiserner Garde überschwengliches Lob vom „Führer“. Die Erben der Eisernen Garde, die faschistoiden Vatra Romaneasca, rufen zu einem neuen „blutigen Kampf gegen die Zigeuner“ auf. Im letzten März eilten Roma bei einer blutigen Straßenschlacht einer Gruppe von Ungarn zu Hilfe, die von Nationalisten angegriffen worden war. Aber als die Polizei ankam, verhaftete sie hauptsächlich Roma.

Auch in der CSFR, wo etwa 800 000 Roma leben, sind sie immer stärkeren Angriffen ausgesetzt. In Novy Bor in Nordböhmen und in anderen Städten herrscht seit Monaten eine regelrechte Jagd auf Roma. Roma-Kinder werden von Skinheads gejagt und zusammengeschlagen: sie trauen sich nicht mehr in die Schule. Der Prager Staatsanwalt drückte es lapidar aus: „Die Tschechen können die Slowaken nicht leiden, die Mähren die Slowaken nicht und die nicht die Tschechen. Sie haben nur eines gemeinsam: Alle hassen die Zigeuner“ (*Der Spiegel*, 3. September 1990). In der Slowakei erhalten Roma-Frauen eine Kopfpromie, wenn sie sich sterilisieren lassen. In vielen Fällen geschieht dies im Kreißsaal ohne ihr Wissen oder ihre Einwilligung. Aus allen Teilen Jugoslawiens (wo es 750 000 bis eine Million Roma gibt) gibt es Berichte über gewalttätige Angriffe, blutige Verprügelungen und Ermordungen von Roma durch Faschisten/Skinheads. Und in der serbischen Stadt Kuršumlija tat die Polizei eine Reihe von „mysteriösen“ tödlichen



Spartakist

Berlin, 19. September 1990: Spartakisten protestieren gegen den Judenstopp des Vierten Reichs

„Unfällen“ mit dem Kommentar ab: Es schade nicht, wenn „noch mehr von denen brennen“.

Dies ist das wahre Gesicht der „Freiheit vom Joch stalinistischer Unterdrückung“, die von den verlogenen bürgerlichen Ideologen so bejubelt wird: Blutgier, die von Ostdeutschland bis Jugoslawien und in der Sowjetunion entfesselt wird, in dem Drang, „freie Marktwirtschaften“ zu errichten nach dem Zusammenbruch des Stalinismus. Ohne die Alternative des organisierten Klassenkampfes facht die ökonomische Unsicherheit religiösen, nationalistischen und ethnischen Haß an. Der „freie Markt“ fördert diese blutigen Auseinandersetzungen lediglich, so wie er die wirtschaftliche Konkurrenz entlang nationaler und religiöser Linien fördert. Und in allen osteuropäischen Ländern sind die Roma, mindestens vier Millionen an der Zahl, die Allerärmsten: sie haben die niedrigste Lebenserwartung, die höchste Analphabetenrate und die höchste Kindersterblichkeit.

Meistens weigerten sich die stalinistischen Bürokratien in der Vergangenheit, die Roma als offizielle Minderheit anzuerkennen; sie hüllten selbst ihre Existenz in Schweigen und hielten so die Ignoranz — sogar über den von den Nazis verübten Völkermord an den Roma — aufrecht. Stalinistische Pläne, den Roma zu „helfen“, ihre nomadisierende Lebensweise zu beenden und sie zu „assimilieren“, waren oft einfach Nötigung und taten wenig, um die rückständigen Lebensbedingungen zu lindern. Und trotzdem waren die Roma vor dem offenen, gewalttätigen Rassismus geschützt. In Jugoslawien zum Beispiel gab es Bemühungen, Roma-Kindern Schulunterricht in der eigenen Sprache zu erteilen. Alle überlebenden Roma und Cinti, die innerhalb der Grenzen des ehemaligen ostdeutschen Arbeiterstaates lebten, bekamen 1949 die Staatsbürgerschaft und erhielten, wie alle anerkannten Verfolgten des Faschismus, eine großzügige Ehrenrente. Aber wie wir in *Spartakist* Nr. 73 (3. Juli 1990) schrieben:

„Die stalinistischen Regime in Osteuropa konnten einiges von dem reaktionären Gesindel, das historisch diese Region geplagt hat, unter Kontrolle halten, aber sie konnten nicht die materielle Basis legen für seine Eliminierung. Wirtschaftliche Autarkie, bürokratisches Herumkommandieren, Nationalismus, die Beschwichtigung des Imperialismus, die durchgehende Fälschung der Geschichte, die Unterdrückung des unabhängigen politischen Lebens der Arbeiterklasse — dies sind die

Fortgesetzt auf Seite 14



Bundeswehr errichtete Zelte in Hagen für Roma-Flüchtlinge aus Rumänien. SPD-geführte Hexenjagd gegen Roma schürt rassistischen Terror in ganz Deutschland

Roma und Cinti...

Fortsetzung von Seite 13

Merkmale der stalinistischen Regime in der Sowjetunion und Osteuropa gewesen.“

Karl Marx bemerkte zwei Jahre, bevor er und Engels das *Kommunistische Manifest* schrieben: Ohne die Entwicklung der Produktivkräfte, die nur möglich ist auf internationaler Ebene, wird nur der Mangel verallgemeinert; der Streit um das Notwendige beginnt wieder, und „die ganze alte Scheiße stellt sich her“. Wieder einmal sind die Roma ein Volk, für das es keinen Platz auf dem ganzen Planeten zu geben scheint.

Ganz unten: Die Wurzel der Unterdrückung

Heute zählt man auf der Welt ca. zehn Millionen Roma und Cinti, seßhaft in Großstädten oder umherziehend. Sie werden verfolgt und gedemütigt, bestenfalls am Rande der Gesellschaft toleriert. Erhebliche Verwirrung herrscht über die Geschichte der Roma — vieles davon ist von ihnen selbst gewollt. Sogar das englische Wort „gypsies“ [Zigeuner] wird von der irrigen Vorstellung hergeleitet, daß sie aus Ägypten stammen. Generell gibt es Übereinstimmung darüber, daß Roma und Cinti, die eine indogermanische Sprache sprechen, ursprünglich von einer Gruppe nomadisierender Stämme in Nordindien stammen, wahrscheinlich aus dem Indus-Becken. Aus unbekanntem Gründen wanderten Gruppen von ihnen in westliche Richtung aus. Vielleicht war es eine zweite Welle, die weiter nach Europa wanderte. Sie erschienen in Europa Ende des Mittelalters, erreichten Serbien im Jahre 1348, den deutschsprachigen Raum zwischen 1414 und 1416, Paris im Jahre 1427 und die britischen Inseln spätestens Anfang des 16. Jahrhunderts.

Sie waren tätig als Zinn- und Eisenschmiede, Pferdehändler, Korbflechter, Musiker, Tänzer und Wahrsager; nach Europa brachten sie ihr musikalisches und künstlerisches Können sowie ihr Wissen in der Metallverarbeitung, das in der vorindustriellen Bauernwirtschaft von unschätzbare Bedeutung war. Zwar wurden die Roma und Cinti kurze Zeit von den Feudalherren toleriert, doch die Entwicklung zentralisierter feudal-absolutistischer Staaten und später bürgerlicher Nationalstaaten brachte für sie Jahrhunderte von Repression. Gejagt, gefoltert, erhängt wurden die umherziehenden Roma und Cinti, die die Grenzen der sich herauskristallisierenden

Staaten nicht respektierten und die sich — manchmal ohne Erfolg — den Versuchen widersetzen, sie in Leibeigenschaft bzw. in Lohnsklaverei zu zwingen (das Romanés-Wort für einen Nicht-Rom ist „Gajo“: „Bauer“ oder „Tölpel“).

Die Juden und die Roma und Cinti haben zwar eine lange Geschichte des Hasses und der Diskriminierung gemeinsam, doch bedeutender als die Ähnlichkeiten sind eher die Unterschiede zwischen ihnen. Abraham Léon, ein belgischer Trotzkiist, der 1944 in Auschwitz ermordet wurde, analysierte die europäischen Juden in seinem historischen Buch *Judenfrage und Kapitalismus* als eine „Volksklasse“: Sie überlebten nicht trotz einer 600jährigen Geschichte der Verfolgung, sondern wegen ihrer ursprünglichen Existenz als eine *Kaste*, die eine spezialisierte und unerläßliche ökonomische Funktion in der Gesellschaft erfüllte. Als Wucherer und Händler lebten die Juden notwendigerweise in seßhaften städtischen Gemeinden; später, als der Aufstieg der industriellen Bourgeoisie ihre spezialisierte Rolle erübrigte, wurden sie eher in die moderne kapitalistische Gesellschaft assimiliert.

Die mächtige europäische Arbeiterbewegung nahm den Kampf gegen den Antisemitismus auf, und viele der größten sozialistischen Führer waren Juden, nicht zuletzt Marx selbst. Doch wie der Triumph des Nazi-Grauens und die Ermordung von sechs Millionen Juden im Holocaust nur allzu klar zeigen, konnten die Juden in der kapitalistischen „Demokratie“ keine volle Gleichheit erreichen, und der Antisemitismus florierte.

Man kann zwar die Roma als „Volksklasse“ von nomadisierenden Handwerkern charakterisieren, doch ihre Rolle in der Gesellschaft blieb viel marginaler. Noch heute ist ihre ökonomische Nische oft ein Überrest des nachfeudalen ländlichen Marktes: fahrende Handwerker oder Händler von billigen Fertigwaren, Verkäufer bei Volksfesten und Jahrmärkten. Ihre kennzeichnende Kultur, die von Land zu Land große Unterschiede aufweist, hat sich als Kommunikationsmittel und Schutz gegen eine feindliche Umwelt entwickelt. Obwohl viele Roma und Cinti Nomaden sind, ist ihre „fahrende Lebensweise“ oft durch Bigotterie und Polizeiterror erzwungen.

Der Kapitalismus hat die Roma und Cinti nur teilweise assimiliert, da dieser Prozeß — viel mehr noch, als es bei den Juden der Fall war — zusammentraf mit der Entwicklung, bei der die Handwerker durch die Maschine ersetzt wurden. Die schon dürftige Beziehung der Roma und Cinti zu der Gesellschaft wurde noch dürfti-

ger, als ihre handwerklichen Berufe wegfielen. In einem rumänischen Dorf mag es immer noch möglich sein, als Kesselflicker auszukommen, aber im allgemeinen bleibt den Roma und Cinti wenig von ihren traditionellen Handwerksberufen übrig außer Pferde- und Schrotthandel.

Die Sprache Romanés, das Mittel, mit dem alle Bräuche und Tabus in der komplizierten sozialen Organisation dieses Volkes vermittelt werden, wird nicht oft in schriftlicher Form weitergegeben. Zwei Führer der Berliner Cinti-Union, einer davon ein Überlebender von Auschwitz und Bergen-Belsen, haben in Gesprächen mit uns betont, daß dies für Roma und Cinti in einer feindseligen und eindringenden Gesellschaft den einzigen Schutz darstellt. Man weiß ja: Als Romanés das letzte Mal im Kapitalismus „erforscht“ wurde, nämlich im Dritten Reich, hatten die Nazis vor, ihre linguistischen „Studien“ in ein Museumsregal abzustellen, zusammen mit dem „Forschungsmaterial“, das Dr. Mengele in Formaldehyd konserviert hatte – wie die versteinerten Reste einer ausgestorbenen Tierart.

Die Cinti und Roma im Holocaust

Niemand weiß genau, wie viele Cinti und Roma durch die Nazis vernichtet wurden, aber die Zahl wird auf eine halbe Million geschätzt. Die berüchtigten Nürnberger Rassengesetze von 1935, die die „Rassenhygiene“ der Nazis verkündeten, richteten sich gegen „Zigeuner und ihre Bastarde“ sowie gegen „Juden und Neger“. Die „rassentheoretischen“ Verleumdungen der Nazis schrieben den Cinti und Roma die Neigung zum Verbrechen zu; sie wurden in die Konzentrationslager verschleppt. Dort mußten sie im allgemeinen das schwarze Dreieck „krimineller“ oder „asozialer“ Elemente tragen; seltener wurden sie mit einem braunen Dreieck oder einem „Z“ explizit als „Zigeuner“ identifiziert.

Im Januar 1942 beschlossen die Nazis formal, die Juden in der „Endlösung“ auszulöschen; sechs Monate später wurde dies auf die Roma und Cinti ausgeweitet. Viele, die in den Lagern starben, waren die Kinder von Ehen zwischen Cinti oder Roma und Juden. Innerhalb von drei Monaten wurden Tausende von Cinti und Roma in die KZs abtransportiert; nach einem Jahr wurde die Aktion als abgeschlossen betrachtet. In den meisten Vernichtungslagern befanden sich zumindest einige Cinti und Roma: Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno, Majdanek, Stutthof; aber das größte war Auschwitz-Birkenau, wo es ein besonderes „Zigeunerlager“ gab. Dort wurden die Cinti und Roma – mit der Ausnahme von 3000 polnischen Roma, die kurz nach ihrer Ankunft vergast wurden – oft nicht sofort in die Gaskammer geschickt. Man spekuliert, daß sie für die sadistischen Experimente der Nazis benutzt werden sollten, bis sie ausstarben (siehe Donald Kenrick und Grattan Puxon, *The Destiny of Europe's Gypsies* [Das Schicksal der europäischen Roma und Cinti]).

Unter unglaublich bestialischen Bedingungen starben innerhalb weniger Monate mehrere tausend an Typhus und anderen Krankheiten. Weitere wurden von Dr. Mengele, dem „Todesengel“, bei lebendigem Leib zerstückelt; für seine monströsen Verbrechen im Namen der Nazi-„Wissenschaft“ bevorzugte er Roma-Kinder. Im August 1944 liquidierten die Nazis dieses Lager in der „Nacht der Zigeuner“; 4000 Cinti und Roma kämpften heldenhaft, als sie zu den Gaskammern geschleppt wurden. Ein Augenzeuge beschrieb die grauenvolle Nacht:

„Bis spät in die Nacht hörte ich ihre Schreie und wußte, daß sie Widerstand leisteten. Die Zigeuner schrien die ganze Nacht... Sie verkauften ihr Leben teuer.

Danach gingen [SS-Kommandant] Bogner und andere

durch die Blöcke und zogen Kinder heraus, die sich versteckt hatten. Die Kinder wurden zu Bogner gebracht, der sie an den Füßen ergriff und gegen die Wand schlug...“

Wir hörten draußen Schreie wie „Kriminelle, Mörder“. Das Ganze dauerte einige Stunden... Am Morgen gab es keine Zigeuner mehr im Lager.“

Schätzungsweise 20 000 bis 30 000 Cinti und Roma wurden nach Auschwitz verschleppt. Der Mut, mit dem sie diesem Horror begegneten, wird von Alexander Ramati bewegend beschrieben in dem Buch *And the Violins Stopped Playing* [Und die Geigen schwiegen], ein Roman, der auf der wahren Geschichte von Roman Mirga und seiner Familie basiert, die in Auschwitz fast vollständig vernichtet wurde.

Der Geist von Hitlers „Rassenhygiene“ und vom „Kampf gegen die Zigeunerpest“ lebt weiter. 1981 war beim Jahreskongreß der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik in Göttingen unter den eingeladenen Rednern (bis Proteste die Rede verhinderten) die „Professorin“ Sophie Erhardt, eine ehemalige „Forscherin“ in Hitlers „Zigeunerzentrale“ in Berlin. Im Auftrag der Gerichte in Frankfurt am Main üben sich heute zwei „Ärzte“ in erniedrigenden „Untersuchungen“ von nackten Kindern – Roma, Cinti und Türken.

Rassismus der „Freien Welt“

Die entsetzliche Lage der Roma und Cinti in Westeuropa heute entlarvt auf einen Schlag die grausame Heuchelei der „Freiheit und Demokratie“, die die Unterdrückten in einem imperialistischen „europäischen Haus“ erwartet. In Britannien machen die „Landfahrergesetze“ für Tausende von Roma und irischen Landfahrern das Leben unerträglich; bloß um zu überleben, müssen sie die Gesetze ignorieren. In Frankreich, Belgien und Westdeutschland haben Roma und Cinti besondere Ausweise getragen, wie die schwarzen Wanderarbeiter in Südafrika unter der Apartheid – und wie die Juden unter Hitler. Die Roma werden unaufhörlich von Land zu Land getetzt. Wo die Kommunen besondere Rastplätze für sie bestimmen, sind diese absichtlich isoliert und schwer zu erreichen, abgeschnitten von der örtlichen Bevölkerung, von Geschäften und Schulen, mit ungepflasterten Wegen, oft ohne fließendes Wasser oder Elektrizität und oft hinter Stacheldraht. Die hygienischen Verhältnisse sind verheerend. Tuberkulose und andere chronische Krankheiten gehören zum Alltag.

Besonders im wiedervereinigten Deutschland hat der siegesichere Nationalismus eine Hysterie entfesselt. Als Tausende von Roma vor der Terrorwelle in Rumänien flohen, die dem Sturz von Ceauşescu Ende 1989 folgte, brüllte die faschistische Presse „Zigeunerinvasion“. Der „liberale“ *Spiegel* schrie über die „Welle“ von asylsuchenden „Zigeunern“, die aus den Karpaten nach Deutschland strömten. Dabei wurde als Provokation das Wort „Zigeuner“ gewählt, das für jeden Rom und Cinto in Deutschland einen Schlag ins Gesicht bedeutet. Westdeutsche Polizei und andere Behörden haben nie „Roma“ oder „Cinti“ gekannt, sondern da heißt es immer nur „Zigeuner“. Die „Gesundheitsgefahr“, die die Roma angeblich darstellen sollen, erweckt Erinnerungen, die das Blut gefrieren läßt: Hitler setzte Zwangssterilisierungen und Zyklon B ein, um das „Problem“ zu „lösen“.

Überfälle durch Faschisten/Skinheads eskalieren in Ost und West; paramilitärische Gruppen werden gebildet. Gerüchte kursieren, daß „Zigeuner Aids verbreiten“, begleitet von Drohungen, die Notunterkünfte niederzu-

Fortgesetzt auf Seite 16

Roma und Cinti...

Fortsetzung von Seite 15

brennen. Letzten Sommer gab es in Lebach im Saarland wiederholt rassistische Mobilisierungen gegen die etwa 1400 Roma-Flüchtlinge dort, und der Bürgermeister ließ Rathaus und Schwimmbad verbarrikadieren. In Herford kündigten Einwohner die Bildung einer „Bürgerwehr“ gegen die Roma an. In Essen berichtete die Polizei, Bürger hätten Skinheads, Mochtetern-SA-Schläger, bezahlt, damit sie Roma-Flüchtlinge überfallen.

Hinter den gefährlichen Mobilisierungen gegen die Roma, wie gegen alle „Ausländer“, steht die rassistische Politik der Regierung in Bonn, die noch nicht einmal den in Deutschland geborenen Kindern und Enkelkindern türkischer Immigranten automatische Staatsbürgerschaft gewährt. Als Volksdeutsche gelten für Bonn nur die Nachkommen derjenigen, die vor 1938 deutsche Bürger waren. Viele osteuropäische Volksdeutsche beweisen ihr „Deutschtum“ mit einem Wisch, den sie im Berlin Document Center haben ausgraben lassen und der beweist, daß sie ein SS-Mitglied in der Familie hatten. Doch letztes Jahr wurde über 100 deutschen Juden aus der UdSSR der Prozeß gemacht, weil sie geltend machen wollten, daß sie Deutsche sind.

Die Sozialdemokraten sind wieder einmal die Bluthunde für die kapitalistische Reaktion. Im Herbst 1986 beugte sich das Ostberliner stalinistische Regime dem Druck aus Bonn und schottete die Grenzen ab gegen Asylsuchende, die über die DDR nach Westdeutschland reisten. Der Schlag traf Tamilen aus Sri Lanka, Palästinenser und Roma. Zwei SPD-Leuchten verbuchten diesen „Coup“: NRW-Ministerpräsident Johannes Rau und Egon Bahr, eine Schlüsselfigur bei der Organisation der „demokratischen“ Konterrevolution in der DDR. Und der inzwischen abgestürzte Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine profilierte sich als Speerspitze der Kampagne „Deutschland den Deutschen“, z. B. mit der Forderung, das zumindest verfassungsmäßig verankerte Recht auf Asyl zu zerhacken. Im Saarland initiierte er den Plan, die Roma-Flüchtlinge zu vertreiben: zum Überleben erhalten sie nämlich nur eine kümmerliche Lebensmittel- und kein Bargeld. Und – wen wundert's? – es hat geklappt, da niemand damit überleben kann.

Bonns „Zigeunerpolitik“ ist ein sinistres Echo auf den Dreck der „Rassenhygiene“ aus dem Dritten Reich. 1948 übernahm das Bundeskriminalamt Hitlers „Zigeunerkartei“. Kriminalpolizeiamter in Städten wie Köln und Frankfurt am Main haben „Zigeunerspezialisten“; eine gängige Abkürzung auf Polizeiformularen in fast allen Bundesländern im Westen ist „ZN“ (Zigeunername), der als „Rassenmerkmal“ gilt. In den 80er Jahren lebten etwa 50 000 Cinti und Roma in Westdeutschland. Obwohl 95 Prozent einen festen Wohnsitz haben, sind sie routinemäßig dem Polizeiterror und Gestapo-artiger lückenloser Überwachung ausgesetzt gewesen.

Von der westdeutschen Regierung wurde bis 1983 die Ermordung der etwa 500 000 Cinti und Roma im Holocaust nicht einmal anerkannt. Heute noch weigert sich Bonn, auch nur einen Pfennig Wiedergutmachung an Cinti und Roma zu zahlen, die den Holocaust überlebten – genauso wie an andere als „krankhaft“, „kriminell“ und „asozial“ geltende Elemente wie Homosexuelle und Kommunisten. Obwohl die Cinti auf dem Papier die Anerkennung als deutschstämmig und deshalb das Bleibe-recht in Deutschland erkämpft haben, werden ihnen, wie den Roma, in der Praxis nur die „Rechte“ von „Untermenschen“ gewährt. Wie wir von Cinti in Berlin hörten, geben sich Roma-Kinder oft, wenn sie öffentliche Schu-

len besuchen, eher als Türken aus – als minimaler Schutz gegen rassistische Bedrohung! Doch die morschen Überreste von Hitlers Terror-Verein SS (deren Mitglieder unter Adenauers unverblümter „Renazifizierungspolitik“ in den 50er Jahren zuhauf wieder nach Deutschland kamen) beziehen ihre Renten munter weiter, die von der Bundesbank auch bis in die entlegensten Ecken Südamerikas überwiesen werden.

„Integration“: Terror von Köln bis Hamburg

Zwischen August 1986 und Februar 1987 kamen etwa 400 Roma aus Jugoslawien in Köln an; viele suchten einen festen Wohnsitz. Wiederholte Proteste waren notwendig, um zu verhindern, daß die Behörden im Herbst 1988 die Roma in ein eingezäuntes Gelände versetzten, wo früher die Nazis Zwangsarbeiter interniert hatten! Die Polizei überwachte die Roma ständig und führte wiederholte Überraschungsrazzien durch; viele Familien flohen vor Kölns „progressiver“ Lösung, die auch ständig weitere Abschiebungen bedeutete. Im letzten April wurde das Eigentum von Familien bei einer Polizeirazzia im Stil der Pogromnacht beschlagnahmt; ihre Wohnwagen wurden verwüstet, Kinder wurden gekidnappt und Erwachsene eingesperrt. Die Kölner Bullen verleumdten Roma-Familien als „terroristische Vereinigungen“, und Familienmitglieder werden der Verfolgung unter dem berüchtigten §129a ausgesetzt – wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“.

Mehrere Städte, wie z. B. Bochum und das SPD-regierte Hamburg (das die höchste Abschiebungsquote in Deutschland hat), sind dem „Kölner Modell“ gefolgt. Im August 1989 besetzten etwa 1500 Cinti und Roma das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme in der Nähe von Hamburg, um für ihre Sache öffentliche Aufmerksamkeit zu erzwingen. Faschisten zerstörten ihre Autos durch Brandanschläge. Am 2. Oktober gab SPD-Bürgermeister Voscherau der Polizei den Befehl, die Cinti und Roma gewaltsam aus Neuengamme zu entfernen. Die Trotz-kistische Liga Deutschlands, Vorgängerin der SpAD, beteiligte sich an den Protestdemonstrationen und schickte Voscherau einen Protestbrief, in dem wir schrieben:

„Dieser Angriff auf ein Volk ohne Heimat, dessen Geschichte die Verfolgung der Staatenlosen symbolisiert, ist eine Bedrohung für jeden anständigen Menschen, denn die Kräfte des mörderischen Terrors werden dadurch gestärkt. Die organisierte Arbeiterbewegung, zusammen mit Immigrantensorganisationen, hat die Macht, die demokratischen Rechte und das Recht auf Leben aller Unterdrückten zu verteidigen. Diese Macht kann und muß mobilisiert werden, um die Abschiebung der Roma und Cinti zu stoppen! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!“

Dies wird täglich dringender. Jetzt ist das drakonische neue „Ausländergesetz“ in Kraft getreten, und Behörden schieben Flüchtlinge schneller ab, als Richter und Rechtsanwälte einen Deportationsstopp bewirken können. Viele Hunderte von staatenlosen Roma sind akut gefährdet, von Nürnberg über das Ruhrgebiet bis Bremen.

Der einzige Weg: eine sozialistische Zukunft

Es gibt in der Epoche des Imperialismus keine gerechte Lösung, die die Verfolgung der Roma und Cinti aufheben würde. Kapitalistische Politiker schieben den Roma und Cinti selbst die Schuld zu für ihre schwere Lage, da sie kein eigenes Territorium beanspruchen. Aber ein „Romanéstan“, ein eigener Staat der Roma und Cinti, ist nicht nur absurd – wenige Roma oder

Cinti haben so etwas niemals gewollt. Organisationen wie die Internationale Roma-Union kämpfen für die Anerkennung von Romanés als Sprache sowie der Kultur des Volkes, für Schulunterricht für Cinti- und Roma-Kinder, für volle Rechte für Nomaden, denen gewöhnlich Sozialleistungen und politische Rechte vorenthalten werden. Die Sache der Cinti und Roma muß von der Arbeiterbewegung aufgegriffen werden, die die soziale Macht hat, den Ansturm der kapitalistischen Reaktion zurückzuschlagen. In diesem Kampf, der unter anderem ein Kampf dafür sein muß, demokratische Rechte für dieses historisch geschmähte und verleumdete Volk zu erringen, treten revolutionäre Sozialisten in Lenins Worten auf als „Volkstribun, ... der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwilckür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, ... um allen und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen“ (W. I. Lenin, „Was tun?“, Werke Bd. 5). In ganz Europa ermutigt heute die staatliche Repression gegen die Cinti und Roma die Faschisten, und das unwidersprochene Wachstum dieses Abschaums bedroht alle Minderheiten, alle Mitglieder der Arbeiterbewegung.

Nach der Bolschewistischen Revolution 1917 wurden die Roma in der Sowjetunion eine anerkannte Minderheit. Ihre Kultur wurde gefördert, Romanés-Wörterbücher und -Grammatikbücher wurden gedruckt und zwei Zeitschriften in Romanés wurden herausgebracht. Die Allrussische Union der Roma, geführt von Alexander Germano, organisierte die Tätigkeit von 30 Künstlerkollektiven in Moskau und 50 Kolchosen. Die größte von diesen, Krikwonow, zählte 70 Familien, die 18 800 Hektar bestellten und Pferde an die Rote Armee lieferten.

Britannien...

Fortsetzung von Seite 5

beigetragen, um den Boden zu bereiten für Polizeirepression gegen Linke, die an Antikriegsprotesten teilnahmen.

Das „Komitee Hände weg vom Nahen Osten“ hat sich einstimmig für die Unterstützung der Einheitsfrontverteidigung von Alastair Green ausgesprochen. Marxisten haben das Recht zur Organisation und die Pflicht zur Mobilisierung für Aktionen der Arbeiterklasse gegen das Abschlagen der arabischen Völker im Interesse von Washingtons Plünderung des Öls. Wir fordern alle in der Arbeiterbewegung und in der Linken auf, gemeinsam mit uns den Angriff des Staates auf uns und andere, die zur Verteidigung des Irak aufrufen, zurückzuschlagen. Wir verlangen, daß alle Anklagepunkte gegen den Genossen Green und die anderen, die bei der Demonstration verhaftet worden sind, sofort fallengelassen werden! Keine Abschiebungen, keine Internierung von Irakern oder Arabern! Besiegt den britischen und US-Imperialismus! Verteidigt den Irak!

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) organisiert eine Kampagne, um den Fall des Genossen Alastair Green der SL/B in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und um Spenden für seine Unterstützung zu gewinnen. Weil Green den Maulkorb ablehnte, wird er ausdrücklich aufgrund der politischen Positionen der SL zum Golfkrieg verfolgt – wegen der Forderung nach der Niederlage der US/NATO-Imperialisten und nach der Verteidigung des Irak. Die Verteidigung des Spartakist-Genossen wird eine Menge Geld kosten. Dieser Kampf ist auch im

Die Russische Revolution, die ihrem ganzen Wesen nach internationalistisch war, stieß das Tor zur Befreiung der Roma und Cinti auf.

Nachdem die stalinistische politische Konterrevolution die revolutionär-internationalistische Bolschewistische Partei zerschlagen hatte, belebte die schmale Schicht privilegierter Bürokraten das alte chauvinistische Gift wieder. Ethnische und nationalistische Spannungen waren ihnen von Nutzen, um den internationalistischen Geist der sowjetischen Arbeiterklasse zu zerbrechen. So wurde Romanés unterdrückt (und kurz danach auch Jiddisch), und die ersten bescheidenen, aber historischen Schritte der Roma und Cinti in Richtung Emanzipation wurden verraten.

Wie Abraham Léon schrieb:

„Die nationalen kulturellen und linguistischen Antagonismen von heute sind nichts anderes als die Folgen der vom Kapitalismus geschaffenen wirtschaftlichen Widersprüche. Mit dem Verschwinden des Kapitalismus wird das nationale Problem seine Schärfe völlig verlieren. Wenn es auch verfrüht wäre, von einer weltweiten Assimilation der Völker zu sprechen, so ist es doch offensichtlich, daß eine globale Planwirtschaft eine beträchtliche Annäherung aller Völker der Welt zufolge hätte.“

Es kann in einer vom Kapitalismus dominierten Welt keine wirkliche Gleichheit zwischen Nationen und Völkern geben. In einer solchen Welt sind Beteuerungen über Respekt vor den kulturellen Unterschieden zwischen Völkern eine Lüge aus herablassender Sicht, eine Lüge, die Unterdrückung, Rassismus und das Potential für Völkermord vertuschen soll. Doch in einer internationalen sozialistischen Gesellschaft – einer Welt ohne Staatsgrenzen – wird die Vielfalt menschlicher Kulturen nicht mehr den Vorwand liefern für Verachtung und Gewalt, sondern sie wird Grund zum Feiern sein. ■

Interesse all derer, die mit einer ähnlichen Behandlung durch diese widerwärtigen Kriegsverbrecher und ihre örtlichen Kriegshunde rechnen müssen. Das KfsV bittet eindringlich, großzügig für den Verteidigungsfonds zu spenden, und zwar jetzt. Wir bitten auch um Unterstützungserklärungen von Einzelpersonen und Organisationen. Bitte schickt eure Erklärung und euren Scheck an das KfsV, c/o B. Fiedler, Postfach 11 17 48, 2000 Hamburg 11, überweist eure Spende auf das Konto: Werner Brand, Stichwort Alastair Green, BfG, Hamburg, BLZ 200 101 11, Konto 2501 109300. Oder wendet euch direkt an: Partisan Defence Committee, BCM Box 4986, London WC1N 3XX. Weg mit den Anklagen! Keine Zensur oder Repression durch die Regierung gegen die Linke! ■

KONTAKTADRESSEN

Berlin

SpAD, Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Telefon: Westberlin 4 92 78 66

Halle

SpAD, Comcenter, Raum 30
Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55

Hamburg

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Telefon: (0 40) 32 36 44

Leipzig

M. Scharsig
Postlagernd
Leipzig 7022

Rostock

SpAD
Postfach 9001 HPA
2500 Rostock 1

Torgelow

SpAD, Postlagernd
Torgelow 2110
Telefon: Torgelow 26 63

Golf...

Fortsetzung von Seite 1

auf.“ Der US-Imperialismus „geht stolz“ über die Leichen von Zehntausenden Arabern. Er hat der Welt gezeigt, was er für jeden, der aus der Reihe tanzt, auf Lager hat: die „Autobahn des Todes“ von Kuwait City zum irakischen Hafen Basra, ein Luftschutzkeller in Bagdad in tausend Stücke gesprengt, Städte verwüstet durch nächtelange Flächenbombardierungen. Ein Arzt, der verzweifelt versuchte, verwundete Kinder mit seinen zerbombten medizinischen Einrichtungen zu behandeln, bemerkte verbittert: „Eure großartigen amerikanischen Soldaten können jetzt nach Hause gehen zu ihren Familien. Sie können ihnen erzählen, daß sie unser Leben und das Leben unserer Kinder zerstört haben. Unser Land gibt es nicht mehr.“

Doch nachdem die Imperialisten den Irak verwüstet und dessen Armee zerstört haben, finden sie heraus, daß sie jetzt eine Büchse der Pandora geöffnet haben. Zwei Wochen nachdem Bush die Iraker eindringlich gebeten hatte, Saddam Hussein zu stürzen, schienen die USA ihren früheren irakischen Verbündeten wieder stillschweigend zu unterstützen, als der Iran einen Aufstand im schiitisch dominierten Südirak ausrief. Inzwischen behaupten kurdische Rebellen, die sich vorübergehend mit den Schiiten verbündet haben, sie hielten Teile des kurdisch dominierten Norden, wo sich ein Großteil von Iraks Öl befindet. Wenn die Kurden im Irak schließlich einen unabhängigen Staat abtrennen könnten, wäre das ein Alptraum für das NATO-Land Türkei, wo mehr als zehn Millionen Kurden unter einer unterdrückerischen Diktatur leben müssen.

Jetzt wollen Washington und Wall Street das Amerikanische Jahrhundert wieder aufleben lassen, das aus dem Sieg der USA im Zweiten Weltkrieg hervorging und in Amerikas empfindlicher Niederlage in Vietnam unterging. Aber heute ist nicht 1945. Die USA sind mittlerweile die größte Schuldnernation der Welt, und trotz rosiger ökonomischer Vorhersagen verstärkt sich die Rezession. Japan und Deutschland, die die indirekten Ziele Washingtons in diesem Krieg waren, sind ökonomisch weit dynamischer und besser gerüstet als die USA, deren Industrie von den Kapitalisten in einen gigantischen Schrotthaufen verwandelt wurde.

Die Welt sollte also aufpassen. Wer ist als nächster dran – Kuba, Nordkorea? Es ist nicht allzu schwer, sich vorzustellen, daß der „Wüstensturm“ in einen „karibischen Hurrikan“ verwandelt wird – eine Blockade von Kuba, der eine erbarmungslose Bombardierung folgt und ein Bodenangriff. Sie haben bereits die UNO antreten lassen, um „Menschenrechtsverletzungen“ in diesem kleinen Land zu untersuchen, dessen soziale Revolution immer noch Washington schwer im Magen liegt. Aber das kubanische Volk wird kämpfen, um die sozialen Errungenschaften zu verteidigen, die sie der Mafia-geführten Diktatur und den US-Imperialisten entrissen haben.

Als ein Faktor in der bürgerlichen Politik wurde das „Vietnam-Syndrom“ beseitigt. Das haben Bush und seine Generale geschafft. Die Demokraten sind auf der ganzen Linie gefügig gewesen. Aber bei all dem Triumphgeheul ist die Kriegsstimmung bei der Bevölkerung in den USA weiterhin oberflächlich – sie wurde kaum auf die Probe gestellt. Ein Großteil der schwarzen Bevölkerung weigerte sich, die US-Invasion zu unterstützen. Was dem schmutzigen Krieg des US-Imperialismus in Vietnam ein Ende gesetzt hat, waren keine „gewaltfreien“ „Friedens“-demonstrationen, sondern der Sieg der Vietnamesen auf dem Schlachtfeld. Das vietnamesische Volk hat den Sieg

errungen, weil es für eine soziale Revolution kämpfte. Das irakische Volk dagegen hatte nichts anderes zu seiner Inspiration als den Despoten Hussein, der zwar ein Meister im Krieg gegen seine eigene Bevölkerung ist, aber nicht gegen die Imperialisten.

Und in den USA selbst stehen Schwarze und Werktätige auf der Abschußliste. Viele Schwarze waren unter den Hunderten von Soldaten, die gegen den Krieg waren und denen jetzt Strafen drohen, weil sie sich geweigert hatten, beim Abschlichten von nichtweißen moslemischen Völkern mitzumachen. Die amerikanische Arbeiterklasse, mit ihrem beträchtlichen Anteil von Schwarzen und Hispanics, bleibt die Achillesferse des amerikanischen Imperialismus.

Imperialistische Massenmörder

Der Londoner *Guardian* stellte fest: „Der Kern des Krieges bestand darin, daß eine Militärmaschine, die für die Konfrontation mit der Sowjetunion in Mitteleuropa aufgebaut worden war, nach Saudi-Arabien verlegt wurde, um mit einem Gegner fertigzuwerden, der nicht einmal ein Zwanzigstel der sowjetischen Kapazität oder Offensivkraft hatte.“ In der Tat wäre dieses einseitige Abschlichten noch vor ein paar Jahren unvorstellbar gewesen, als der Irak ein Schützling Moskaus war und Washington noch die militärische Stärke der Sowjetunion in Betracht ziehen mußte.

Der ganze Krieg war eine Demonstration der Tötungskapazität der USA. Bei all dem Trara über die „Präzisionsbomben“ war er doch, soweit man das aufgrund der verlogenen Berichterstattung der vom Pentagon kontrollierten Presse beurteilen kann, überwiegend der gleiche alte Bombenterror wie in Vietnam, mit B-52-Bombern, die ihre tonnenschweren Lasten aus großer Höhe abwarfen (und die meisten Ziele verfehlten). Die „intelligenten Bomben“ funktionierten, aber den Apache-Hubschraubern ging der Treibstoff aus, Sandstürme machten die Laser-Entfernungsmesser unbrauchbar, und ein Großteil der gemeldeten „alliierten“ Verluste kam vom eigenen Feuer. Aber darauf kam es nicht an, denn Hussein befahl seinen Truppen nach dem zweiten Tag der Bodenoffensive, sich aus Kuwait zurückzuziehen. Von den Tausenden der gefallenen irakischen Soldaten starben nur eine Handvoll bei Kämpfen; die meisten wurden offensichtlich von hinten erschossen.

Als Teil ihrer „Neuen Weltordnung“ haben die USA vor, im Nahen Osten einen „regionalen Sicherheitspakt“ zustande zu bringen, ähnlich wie der kurzlebige Bagdadpakt (CENTO) nach dem Zweiten Weltkrieg. Doch während die frischgebackenen arabischen Alliierten der USA mehr als bereit sind, weigert sich das zionistische Israel, auch nur ein Lippenbekenntnis abzulegen zu Washingtons Appellen, „Land gegen Frieden“ zu tauschen, um die Araber zu besänftigen. Sie sind zuversichtlich, daß der endlose Zustrom von ausländischen Hilfsdollars sowieso weitergehen wird. Der Eintritt der Moledet-Partei, die die Vertreibung aller Palästinenser aus den Besetzten Gebieten auf ihre Fahnen geschrieben hat, in die israelische Regierung ist ein Signal für deren Entschlossenheit, eine völkermörderische „Endlösung“ durchzuführen.

Das Verhalten der öltriefenden Herrscher von Kuwait seit Kriegsende wird die verarmten arabischen Massen nur in Wut versetzen. All die Jahre lang haben die Kuwaitis private Vermögen zusammengerafft, die viele Milliarden betragen, während importierte Arbeitskräfte – hauptsächlich Palästinenser, aber auch andere Araber sowie Menschen aus Bangladesch und von den Philippinen – die ganze Arbeit machten.

Die westlichen Medien trompeteten immer wieder

erfundene „irakische Greuelthaten“ an Kuwaitis hinaus — wie z.B. Bushs Lieblingsgeschichte, neugeborene Babys seien aus Brutkästen gerissen worden, die sich als glatte Lüge herausstellte; doch die Kuwaitis haben Iraker und Palästinenser, die in ihre Hände fielen, grausam gefoltert und systematisch ermordet. Der Hawali-Bezirk in Kuwait City, in dem hauptsächlich Palästinenser wohnen, wurde umstellt, dann fielen selbsternannte „Freiheitskämpfer“ über das Viertel her, die Hunderte zusammentrieben und wahllos zig Menschen erschossen, während amerikanische Offiziere westliche Journalisten fernhielten.

Es ist das traurige Los des palästinensischen Volkes gewesen, die die technische und soziale Infrastruktur der Golfstaaten und vieler anderer arabischer Regime aufrechterhalten haben, bei jedem Großbrand im Nahen Osten die ersten Opfer gewesen zu sein. Nachdem es durch den zionistischen Massenterror 1947/48 aus seiner Heimat vertrieben worden war, drohen ihm jetzt an jeder Ecke seiner Diaspora Verfolgung und Terror. Trotzdem klammert sich die kleinbürgerlich-nationalistische PLO — ohne jede Perspektive, außer daß sie auf die arabischen Bourgeoisien und die Imperialisten Druck ausübt (durch Betteln) — an einen Despoten nach dem andern als den erhofften „Erlöser“ des palästinensischen Volkes, von Nasser in Ägypten bis zu Saddam Hussein.

Eine gerechte Lösung der nationalen Frage für die Palästinenser, Kurden und die Vielzahl anderer unterdrückter Minderheiten verlangt, daß die Arbeiterklasse im ganzen Nahen Osten das Schicksal der Region bestimmt — und nicht den verschiedenen nationalen/religiösen Bewegungen untergeordnet wird, die nur zu einem endlosen Teufelskreis von Brudermord führen und die Macht des Imperialismus aufrechterhalten. Der Schlüssel ist die Schmiedung einer revolutionären internationalistischen Führung, die die Werktätigen der Region in gemeinsamem Kampf vereinigen kann, um die nationalen Rechte aller Völker der Region zu sichern. Für eine Föderation von Arbeiterrepubliken im Nahen Osten!

Rivalität um „Neue Weltordnung“: Vorstufe zum Weltkrieg

Das durch den Anschluß der DDR ausgeweitete Vierte Reich des deutschen Imperialismus sieht seine Interessen in erster Linie darin, Osteuropa und die Sowjetunion auszuplündern. Mit der kapitalistischen Wiedervereinigung hat die Bourgeoisie einen Riesenschritt in Richtung eines „vereinigten“ Europa unter der Vorherrschaft der D-Mark getan. Das gleiche Ziel hatte das Dritte Reich mit dem „Unternehmen Barbarossa“ militärisch zu erreichen versucht.

Gleichzeitig sind die deutschen Kapitalisten nicht bereit, sich in der Türkei und im Nahen Osten völlig das Wasser abgraben zu lassen. Mit 18 Alpha-Jets und Raketen unterstützten sie ihren NATO-Partner Türkei und dessen regionale Machtansprüche und halfen dem Diktator Özal, die kurdischen Aufständischen niederzuhalten.

Weil der von den USA geführte Krieg am Golf sich letztendlich gegen den deutschen Imperialismus richtete, sind bürgerlicher Pazifismus und „Friedens“demonstrationen hier größer gewesen als anderswo in Europa. Doch die weitverbreitete Angst der Bevölkerung vor einem neuen Weltkrieg ist gleichzeitig ein Problem für eine herrschende Klasse mit Weltmachtappetiten, die ihre ökonomische Stärke jetzt auch auf militärischem Gebiet international geltend machen will. Deshalb ist Bonn jetzt so in Eile, die Armee des Vierten Reichs von den Fesseln des Grundgesetzes zu befreien und schlagkräftige Bundeswehr-Einheiten für weltweite Einsätze zu schaffen. Die Bundesmarine ist bereits im Persischen

Golf aktiv. Die stramm vaterländische SPD hat für die militärischen Ambitionen des deutschen Imperialismus ihre volle Unterstützung zugesichert, unter der „Bedingung“, daß die Helme vorerst einen blauen (UNO-) Farbanstrich tragen.

Die Führer der nationalistischen „Friedens“bewegung, die Hunderttausende unter der Losung „Kein (deutsches) Blut für Öl“ auf die Straßen brachten, waren der verlängerte Arm der Politik der Bonner Regierung. Dies zeigte sich besonders deutlich, als Reichskanzler Kohl nach den Beschwerden des Weißen Hauses anordnete, jeglichen „Antiamerikanismus“ zu unterlassen. Einige Tage später schwor bei der Bonner Antikriegsdemo eine ganze Latte von SPD- und Grünen-Sprechern, daß sie nicht anti-amerikanisch seien und es niemals gewesen seien.

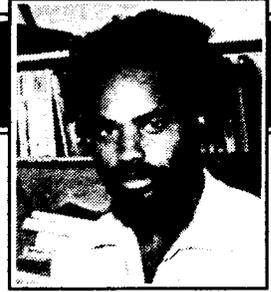
Genauso war es bei der Aufforderung, den „Schulter-schluß“ mit den zionistischen Schlächtern in Israel zu suchen; während die Bourgeoisie von Auschwitz ihre erste Politikergarde nach Israel sandte und Gasmasken verteilte, mit den Grünen im Schlepptau, stellte die selbsternannte Israel-Lobby der Alt-Neulinken, von Gremliza bis Wolf Biermann, mit ihren flammenden Aufrufen für Kriegskredite dem Vierten Reich einen Persilschein aus. Und die PDS beschwerte sich, daß sie von Süßmuths Israel-Reise ausgeschlossen wurde. Immerhin hatte Gysi als erster dem Bundestag vorgeschlagen, als „lebendes Schutzschild“ nach Tel Aviv zu gehen.

Im Osten sieht die deutsche Bourgeoisie ihre Hauptinteressen. Als Kohl und Mitterrand in einer Erklärung festlegten, daß Litauen die Schlüsselfrage sei, tauchten sofort entsprechende Plakate bei den „Friedens“demonstrationen auf, die den Persischen Golf mit dem Baltikum gleichsetzten. Doch nicht nur die notorischen Verteidiger „deutscher Interessen“ wie SPD und Grüne schwelgten in Antisowjetismus, es waren gerade die PDS und „linke“ Gruppen wie Arbeitermacht, die sich damit hervortaten, den Massenmord der US-Imperialisten gleichzusetzen mit Gorbatschows kläglichen Versuchen, die zerfallende UdSSR zusammenzuhalten.

Jetzt wollen die Kapitalisten die Arbeiter durch noch höhere Steuern bezahlen lassen, und Millionen von Werktätigen in der Ex-DDR stehen vor der totalen Zerstörung ihrer Fabriken und ihrer Zukunft. Mit ihren Abwehrkämpfen, die schon begonnen haben, können sie den Plänen der Bourgeoisie einen Strich durch die Rechnung machen, wenn sie sich mit den Arbeitern in Westdeutschland verbinden.

Die Spartakist-Arbeiterpartei, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), hat eine klare Seite für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten und für die Verteidigung des Irak eingenommen. Wir haben das Recht, unsere Empörung über den Tod von Zehntausenden Irakern herauszurufen, die unter den Trümmern von Basra und Bagdad begraben sind. Während in Deutschland die nationalistische „Friedens“bewegung vor allem nach „Frieden“ mit ihrer eigenen großdeutschen Bourgeoisie trachtet, trat die SpAD für unabhängige Aktionen der Arbeiterklasse gegen den Krieg und für den Boykott von Kriegsgütern ein, die an die US/NATO-Truppen im Nahen Osten verschifft wurden. Wir verteidigen arabische, kurdische und türkische Immigranten gegen die Hexenjagd der deutschen Bourgeoisie und wollen sie im vor uns liegenden harten Klassenkampf für die revolutionäre Führung gewinnen. Der Schlüssel zum Sieg in den kommenden Kämpfen gegen die amerikanische wie die deutsche herrschende Klasse ist die rechtzeitige Schaffung einer internationalistischen Partei der sozialistischen Revolution. ■

**Aus der Todeszelle:
Hier spricht Mumia Abu-Jamal**



Krieg in Babylon

Ein sich ständig wiederholender flatternder Reggae-Backbeat hämmert sich hypnotisierend in das Bewußtsein, unterstreicht den durchdringenden Tenor des Rastafari-Sängers Max Romeo, wenn er zu einem eingängigen Refrain anhebt: „War inna Babylon! War inna Babylon!“

Mehr als ein Jahrzehnt ist vergangen, seit ich den Song gehört habe, diese obskure Anspielung auf ein mystisches kommendes Armageddon.

Aber es ist nicht die jamaikanische Vision, die heute meine Gedanken beherrscht. Vor wenigen Stunden ging die bestürzende Nachricht um den Erdball, daß die Vereinigten Staaten mit einem nächtlichen Angriff auf Bagdad den ersten kriegerischen Schlag gegen das nächstliche Land Irak geführt haben.

US-Kampfflugzeuge brachten einen tödlichen Regen auf die Wüsten-Hauptstadt des Landes nieder, den neuzeitlichen Nachfahren des einstmaligen stolzen Reiches — Babylon.

Es ist nun besiegelt, daß wirklich Krieg herrscht in Babylon.

Das US-Imperium, „New Babylon“, hat die Kriegshunde von der Leine gelassen, um die Oberherrschaft über die arabischen Ölfelder sicherzustellen, und hat darüber hinaus seine Neue Weltordnung entfesselt, eine „Ordnung“, die auf den ersten Blick sehr viel Ähnlichkeit mit der alten „Ordnung“ kolonialer, weißer, kapitalistischer Hegemonie zu haben scheint.

Im Grunde aber enthält diese „Neue Ordnung“ keinen der Gegensätze der alten, kein Gleichgewicht der Supermächte, kein besorgtes Bemühen mehr um „Einflußzonen“; denn das Gegengewicht, die gegnerische Supermacht, verliert sich derzeit in ihrem Innern nur in einem wachsenden Chaos.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist wirklich gefährlich nahe dran, weder eine „Union“ noch auch nur dem Namen nach „sozialistisch“ zu sein — Perestroika (Umgestaltung) auf der ganzen Linie!

Es wird gesagt, daß „Macht kein Vakuum duldet“, folglich haben sich die Vereinigten Staaten darange-macht, die durch die sowjetische Selbstbeschränkung entstandene Lücke entscheidend zu füllen.

Egal, wie auch immer der Nahostkrieg ausgehen mag, die Streitkräfte des US-Imperiums werden die arabischen Länder auf Jahrzehnte hinaus besetzen. Sie sind moderne Widerspiegelungen römischer Legionen, Söldner, die gekauft wurden, um die reichen/superreichen Familien der Region vor der anschwellenden Welle arabischer Wut und Demütigung zu schützen, während die Imperialisten der Neuen Ordnung, die Amerikaner, den Platz der Briten einnehmen, die für die alte Ordnung standen.

Die Mehrheit der Truppen, die in die arabische Wüste geschickt wurden, um dort die herrschenden Eliten der Region zu verteidigen, sind selbst Angehörige der Arbeiterklasse oder, leider allzuoft, Angehörige der arbeitslosen Klasse — Leute, die nicht zur Armee gingen, um zu kämpfen, sondern um eines Jobs und einiger Vergünstigungen willen! Wohin werden die Krieger des Westens zurückkehren, wenn die Flammen des Krieges wieder erloschen sind und die Region als „sicher“ im Sinne der Interessen der US-Konzerne erklärt worden ist?

Wenn sich die amerikanischen Ölkonzerne angesichts ungehinderter Förderung vor raff- und habgieriger Schadenfreude schütteln und die neuzeitlichen arabischen Paschas erneut ihren Lebensstil dekadenter Opulenz etablieren, werden diejenigen, die sich den Flammen eines von Menschenhand entfachten Feuersturms ausgesetzt sahen und dagegen kämpften, zurückkehren in die menschlichen Höllen des nordamerikanischen Betondschungels, falls sie überleben.

Zum Dank dafür, daß sie die Elite ihres Landes verteidigt haben, erhalten sie ein Leben ohne jede Zukunftsaussicht in den Slums der Innenstädte, ähnlich wie die Bewohner von Sabra & Schatila, jenen städtischen Dörfern, die isoliert sind inmitten einer Wüste der Verzweiflung.

Wieder einmal werden Afro-Amerikaner gekämpft und ihr kostbares Blut vergossen haben für eine andere Klasse, eine andere Sache, und unfrei bleiben, verbittert und unterdrückt — unfähig, für uns selbst zu kämpfen.

Mumia Abu-Jamal, ehemaliger Black Panther und anerkannter schwarzer Journalist aus Philadelphia, sitzt in Huntingdon, Pennsylvania, in der Todeszelle. Wegen seiner politischen Ansichten wurde Mumia mit abgekarteten Beschuldigungen angeklagt und ist jetzt mit dem Tode bedroht, weil er das rassistische kapitalistische System angreift. Mumia schreibt regelmäßig für *Workers Vanguard*, Zeitung der Spartacist League/U.S., sein oben abgedruckter Artikel ist in Nr. 519, 1. Februar, erschienen. Die Übersetzung übernahmen wir in leicht redigierter Form von Agipa-Press in Bremen.

Rettet Mumia Abu-Jamal! Schreibt an das Komitee für soziale Verteidigung: KfsV, c/o B. Fiedler, Postfach 11 17 48, 2000 Hamburg 11. Wenn ihr direkt Kontakt zu Mumia aufnehmen wollt, schreibt an: Mumia Abu-Jamal, AM8335, Drawer, Huntingdon, PA 16652, USA.

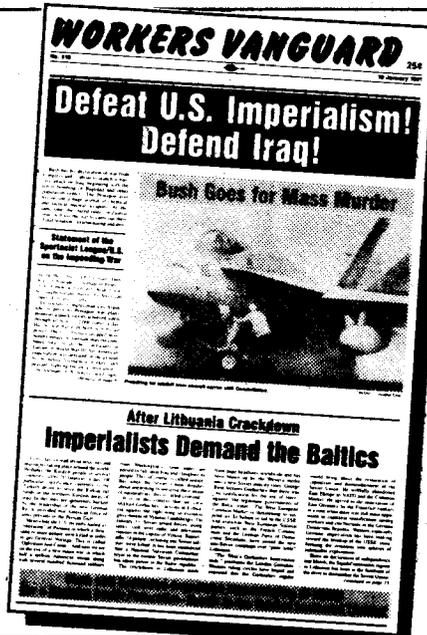
**Abonniere
jetzt!**

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

24 Ausgaben
einschließlich
Spartacist
(englische Ausgabe)

Luftpost DM 50,-
Seepost DM 15,-

Bestellt bei:
SpAD
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Postgiro Frankfurt/M.
Konto 119 88-601



Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 11

ist. Spekulationen über einen Militärputsch zur Wiederherstellung der Ordnung und sogar die Erwartung eines solchen sind im sowjetischen politischen Leben etwas Alltägliches geworden, vom Kreml bis zur Fabrikhalle.

Es wäre jedoch falsch zu denken, daß die Militärkader von Anfang an gegen Gorbatschows Perestroika gewesen wären und sich nach der „guten alten Zeit“ von Breschnjew zurückgesehen hätten. Ende der 70er Jahre kürzte das Breschnjew-Regime die Militärausgaben angesichts einer verlangsamten Wirtschaftsentwicklung, sehr zur Unzufriedenheit der Generale und Admirale. Ein Teil der Militärführung, angeführt vom damaligen Generalstabschef Nikolai Ogarkow, trat öffentlich für eine umfassende Modernisierung der Waffensysteme der UdSSR ein, besonders bei den konventionellen (nicht atomaren) Waffen.

Die Unzufriedenheit der Militärs über die Auswirkungen des wirtschaftlichen Stillstands war einer der Faktoren, der 1985 im Kreml zur Machtübernahme von Gorbatschow und zur Einführung der Perestroika (Umgestaltung) führte. Die Opposition der Militärs gegen Gorbatschow wurde nicht durch seine marktorientierte Wirtschaftspolitik hervorgerufen, sondern vielmehr durch die Auswirkungen seines „Neuen Denkens“ in der Außenpolitik, d. h. die Beschwichtigung der NATO-Mächte und die Rückwirkungen, die dies in der Sowjetunion selber hatte. Um die sowjetische Öffentlichkeit auf den einseitigen Abzug aus Afghanistan vorzubereiten, haben Propagandisten aus Gorbatschows Lager ganz bewußt pazifistische und gegen das Militär gerichtete Stimmungen gefördert. Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan Anfang 1989 hat den westlichen Imperialismus enorm ermutigt und den anschließenden Zusammenbruch der Sowjetmacht in Osteuropa vorbereitet, damit wurden die historischen Auswirkungen des Sieges der Roten Armee über Nazideutschland rückgängig gemacht. Der letzte Schritt war zu Beginn des letzten Jahres, als Gorbatschow grünes Licht gab für die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands, was zur Gründung eines mächtigen Vierten Reichs geführt hat, das Europa dominiert.

Die Preisgabe Osteuropas führte auch zu materiellen Entbehrungen für die sowjetischen Truppen, die dort stationiert sind. Der Stabschef der Armee, Michail Moisejew, rief letztes Frühjahr: „Wir werden die Truppen nach Hause bringen, aber niemand hat sich klare Gedan-

ken gemacht, was das kosten wird. Familien werden keine Wohnung und keine Arbeit finden und keine Schule für die Kinder“ (Time, 9. April 1990). Einige Einheiten, die aus Osteuropa abgezogen worden sind, haben in Zeltlagern leben müssen. Und angesichts des Chaos in der Wirtschaft gibt es auch keine Arbeitsplätze für entlassene Soldaten oder Offiziere.

Gorbatschow und Schewardnadse haben versprochen, daß die Preisgabe Osteuropas das Ende des Kalten Kriegs bedeuten würde und eine neue Ära der friedlichen Zusammenarbeit mit Washington, Bonn und den anderen NATO-Hauptstädten. Statt dessen hat der amerikanische Imperialismus, in der Erkenntnis, daß die sowjetische Führung ihren Kampfeswillen verloren hat, die größte Militärmacht seit Vietnam zum Einsatz gebracht – Invasion der Ölfelder am Persischen Golf und Krieg gegen den Irak. Vor fünf Jahren hätte Washington niemals ein Flächenbombardement gegen den Irak riskiert, einen Schützling der Sowjetunion, aus Angst, damit den dritten Weltkrieg auszulösen. Patriotische sowjetische Offiziere und Soldaten sind zu Recht entsetzt über die katastrophalen Entwicklungen von Mitteleuropa bis zum Nahen Osten.

Von allen Teilen der Bürokratie und Intelligenz spüren die Militärkader am stärksten den Verlust der Sowjetunion an Macht und Einfluß in der Welt. Viele von ihnen sind zutiefst davon überzeugt, daß es das Ziel der Oktoberrevolution war, das rückständige Rußland in eine globale Supermacht zu verwandeln, die den Vereinigten Staaten ebenbürtig ist. Die grundlegende Vision der bolschewistischen Revolution, wie sie Lenin in „Staat und Revolution“ skizziert hat, ist ihnen reichlich fremd. Lenin, Trotzki und ihre Genossen sahen den russischen Oktober als den ersten Akt einer internationalen proletarischen Revolution, die zu einer weltweiten kommunistischen Gesellschaft führen würde durch das Absterben des Nationalstaats.

Diese Vision wurde vom Offizierskorps von Trotzki's Roter Armee geteilt. Die Marschälle Tuchatschewski, Blücher und ihre Kameraden kämpften für einen starken Sowjetstaat als eine Bastion der internationalen proletarischen Revolution. Ihr Ziel war es nicht, Sowjetrußland nur zu einer weiteren Weltmacht zu machen, die jahrzehntelange friedliche Koexistenz mit den imperialistischen Mächten betreibt. Stalin versuchte, die internationalistischen Traditionen der Roten Armee dadurch auszulöschen, daß er Tuchatschewski, Blücher, Gamarnik (den brillianten jüdischen obersten Politkommissar) und die anderen roten Kommandeure aus dem Bürgerkrieg tötete, genauso wie er die überlebenden Führer der bolschewistischen Revolution tötete. Durch dieses Blutopfer für den „Frieden“ mit dem Imperialismus hat Stalin in verbrecherischer Weise die Verteidigung der Sowjetunion sabotiert und Hitlers Überfall erheblich erleichtert.

Damals wie heute benutzte die stalinistische Bürokratie den russischen Nationalismus dazu, den Imperialismus zu besänftigen. Der Unterschied ist heute, daß Stalins Erben, sowohl in Jelzins russischem Parlament als auch in der Armee, selbst deformierte „sozialistische“ Elemente des Stalinismus über Bord geworfen haben und nur den großrussischen Nationalismus beibehalten. Während Stalin von der Verteidigung „des sozialistischen Vaterlands“ sprach, reden die Sojus-Führer von der Verteidigung „des Vaterlands“. Wo Stalin zum „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ aufrief, bietet der „rote Oberst“ Petruschenko „die Zukunft eines großen Rußlands“ an.

Damit macht er sich zum Echo der berühmten Erklärung
Fortgesetzt auf Seite 22

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (16 Ausgaben): DM 10,-

Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe) und die Broschüre „Marktsozialismus“ in Osteuropa

Name

Adresse

Telefon

Sp 84

Bestellt bei:

Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51

Konto 11988-601
Postgiro Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60

Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 21

rung des zaristischen Ministers Stolypin nach der Unterdrückung der Revolution von 1905: „Was Sie wollen, ist großer Aufruhr. Aber was wir wollen, ist ein Großrußland!“ Wenn Petruschenko das Echo von Stolypin ist, so klingen einige seiner „patriotischen“ Kumpane wie die zaristischen Schwarzhunderter oder wie ihre geistigen Erben von heute, die russischen Faschisten von Pamjat. Generalmajor Viktor Filatow, Herausgeber des einflussreichen *Militärisch-Historischen Journals*, druckte ein Buch aus dem Jahre 1910 nach, das die russische Armee preist und das empfiehlt, Juden nicht in den Militärdienst aufzunehmen, weil sie angeblich physisch schwach seien und es ihnen an Charakter fehle. General Filatow plante einen Nachdruck der berühmtesten Fälschung der zaristischen Bürokratie, der „Protokolle der Weisen von Zion“, als ein authentisches religiöses Dokument „wie die Bibel oder der Koran“!

Während viele Offiziere solch offensichtlichen Wahnsinn von obskurantistischem Rassenhaß sicherlich empörend finden, richtet jetzt die russisch-orthodoxe Kirche – die stärkste Bastion von mittelalterlichem Obskurantismus – Appelle an das Militär und versucht damit, die Armee, die geschaffen wurde, um den Arbeiterstaat zu verteidigen, zu untergraben. Die deutschen Imperialisten, die sich darum bemühten, 1941 die Sowjetunion durch das Unternehmen Barbarossa zu zerstücken, schicken jetzt Kolonnen von demobilisierten sowjetischen Armeelastern nach Hause, beladen mit deutschen Care-Paketen. Laut *Wrenja*, der abendlichen Nachrichtensendung, wurden diese der sowjetischen Armee als ein Geschenk für die russisch-orthodoxe Kirche übergeben!

Appelle an den großrussischen Chauvinismus haben

dazu geführt, die multinationale sowjetische Armee zu unterminieren. Sie haben ethnische Blutfehden unter den Soldaten und zwischen Soldaten und Offizieren angestachelt, und sie haben eine große Rolle gespielt beim Anwachsen von pogromistischen „nationalen Milizen“ in den Republiken. Die Tatsache, daß Alksnis (zusammen mit Gorbatschow) an der Spitze der ideologischen Kampagne gegen die baltischen Restaurationisten steht, spielt zusammen mit der Reportage des russischen Monarchisten Newzorow direkt in die Hände der baltischen Separatisten, die in verleumderischer Weise die Sowjetunion mit dem zaristischen Imperium gleichsetzen. Offiziere des Militärs, die die Sowjetunion auf einer sozialistischen Basis verteidigen wollen, müssen sich die kommunistischen Internationalisten von Trotzki's Roter Armee zum Vorbild nehmen, nicht die stalinistischen Verbrecher, die die Macht an sich rissen und die frühere revolutionäre Generation ermordeten.

Eine Rückkehr zur stalinistischen Ordnung?

General Filatow zählt Gorbatschow zusammen mit Lenin und Stalin zu den drei brillanten sowjetischen Führern des Jahrhunderts. Doch er sagt, daß Gorbatschow „einen weiteren Berija finden sollte. Jetzt haben wir Mittel der Überzeugung, aber keine Zwangsmittel, und das eine kann nicht ohne das andere existieren. Das ist Unsinn.“ General Filatow und seine Freunde mögen sich nach einer Rückkehr zur stalinistischen Ordnung sehnen. Aber die Bedingungen, die dem Stalin-Regime der 30er und 40er Jahre zugrundelagen, und die ganz anderen Bedingungen, die dem Breschnjew-Regime der 70er Jahre zugrundelagen, existieren in der Sowjetunion heute nicht und können nicht wieder geschaffen werden.

Filatow, ein Hardliner und ein Mann des Militärs, reduziert wie die prowestlichen „Demokraten“ das Stalin-Regime auf den Terror eines Polizeistaats, personifi-

Sowjetische Piloten sagten Njet zu deutschen Raketen

Am 8. Februar landete ein gechartertes sowjetisches Frachtflugzeug auf dem Köln-Bonner Flughafen, um ein deutsches „Roland“-Flugabwehrsystem und dessen Bundeswehrbesatzung an Bord zu nehmen. Aber als die sowjetischen Piloten herausbekamen, daß die Fracht in den Südosten der Türkei gebracht werden sollte, zum Einsatz im Krieg gegen den Irak, weigerten sie sich zu starten. Der Kapitän weigerte sich auch, mit dem sowjetischen Botschafter zu sprechen. Am folgenden Wochenende gab es stündlich Berichte im Radio, während das Flugzeug auf der Startbahn stand. Die Kohl-Regierung bestand darauf, daß sie schließlich gute D-Mark bezahlt hätte, um das riesige Antonow-Transportflugzeug zu mieten, eines der wenigen Flugzeuge, das groß genug ist, um die „Roland“ aufnehmen zu können. Aber am Samstag erklärte Gorbatschow, daß Moskau über die amerikanischen Militäroperationen nicht glücklich sei, und am nächsten Tag stellte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS offiziell fest, daß von nun an sowjetischen Flugzeugen nicht mehr erlaubt wird, Waffen in Krisengebiete zu transportieren.

Sofort nach Bekanntwerden der Aktion der sowjetischen Piloten gab die SpAD folgende Solidaritätserklärung heraus:

BERLIN, 8. Februar – Die SpAD feiert die Weigerung sowjetischer Piloten, für die Bundeswehr Ro-

land-Raketen nach Diyarbakir zu fliegen, ins türkische Kurdistan. Die von der NATO gestützte und bei der Bevölkerung verhaßte Özal-Diktatur hat sich eifrig in den massenmörderischen US/NATO-Krieg gegen die irakische Bevölkerung gestürzt, mit eigenen Plänen für die Ölfelder von Kirkuk und Mosul. Die Luftwaffeneinheit in der Türkei ist Teil der Mobilien Eingreiftruppe der NATO, ein gegen die Sowjetunion gerichteter Stoßtrupp. Die Kohl-Regierung hat die Türkei zum Bündnisfall erklärt, was die Frage eines direkten Eingreifens der Bundeswehr zusammen mit dem Rest der NATO aufwirft.

Die Verteidigung des Irak gegen den mörderischen Imperialismus stellt sich direkt, aber die Sowjetunion hat erst die von den USA befohlene UN-Blockade unterstützt, um den Irak auszuhungern, dann die Massaker der USA/NATO. Dieses imperialistische Abenteuer, um das Pentagon zum Weltpolizisten zu machen und um die Bodenschätze der Region zu plündern und umzuverteilen, gefährdet die Sowjetunion selbst und bringt die Welt einem Weltkrieg näher. Der US-Kriegsminister Cheney erklärte, daß das Land des Oktober der Feind Nummer Eins bleibt. Wir sagen: „Versenkt die US- und NATO-Imperialisten im Golf! Verteidigt den Irak!“. Eure mutige Aktion ist eine konkrete Maßnahme der Verteidigung der Sowjetunion wie des Irak gegen den Imperialismus und eine Inspiration für die internationale Arbeiterklasse.

ziert durch Berija. Stalin jedoch appellierte an das enorme Reservoir von *sozialistischem Idealismus*, der durch die Oktoberrevolution geschaffen worden war, und beutete es aus. Selbst unerschütterliche Antistalinsten, die die 30er Jahre durchgemacht haben, wie der humanistische Schriftsteller Anatolij Rybakow, erzählen von dem Enthusiasmus, mit dem sich Arbeiter, arme Bauern und linke Intellektuelle in die Industrialisierungskampagne und in die Kollektivierung der Landwirtschaft stürzten. „Sozialismus in einem Land“ war eine Lüge, aber es war eine Lüge, an die kommunistische Aktivisten damals fest geglaubt haben. Nikita Chruschtschow, der Typ des Arbeiters, der in den 20er Jahren zum Parteifunktionär wurde, erinnert sich an 1930:

„Als Stalin sprach, dachte ich mir: ‚Hier ist ein Mann, der weiß, wie er unsere Gedanken und Energien auf die Hauptziele lenkt, die Industrialisierung unseres Landes und die Sicherung der Undurchdringlichkeit der Grenzen unseres Heimatlandes gegen die kapitalistische Welt; das Wohlergehen des Volkes ist offensichtlich in festen Händen.‘“ (Khrushchev Remembers, 1970)

Im Zweiten Weltkrieg und danach konnte Stalin den sowjetischen Patriotismus der Massen mobilisieren. Ende der 40er Jahre widmeten sich die Arbeiter und Kollektivbauern dem Wiederaufbau ihres vom Krieg verwüsteten Landes. Das Vorkriegsniveau der Industrieproduktion wurde in fünf Jahren wieder erreicht.

Doch nach Stalins Tod Anfang 1953 konnte die Kreml-Oligarchie nicht länger durch eine Kombination von politischer Massenmobilisierung und Polizeistaats-Repression (d. h. Totalitarismus) herrschen. Der Versuch, dies zu tun, hätte zu einer Revolte der Bevölkerung geführt, so wie es damals in Osteuropa geschah (1953 in der DDR, 1956 in Polen und Ungarn). Unter Chruschtschow und mehr noch unter Breschnjew versuchte sich die sowjetische Führung bei der Bevölkerung beliebt zu machen, indem sie Konsumgütern den Vorrang gab. Die einseitige Konzentration auf die Schwerindustrie während der Stalinzeit machte es für seine Nachfolger relativ leicht, die Produktion von Konsumgütern durch die Verlagerung der Investitionen schnell zu steigern. Aber von Mitte der 70er Jahre an senkte das Breschnjew-Regime die industrielle Investitionsrate, um mit der amerikanischen Aufrüstung mithalten zu können, ohne den Lebensstandard zu reduzieren. 1980 waren die sowjetischen Industrieanlagen relativ zum Weltstandard veralteter als zehn Jahre vorher.

Kein geringer Teil der äußeren Stabilität, deren sich das Breschnjew-Regime erfreute, war durch den heroischen revolutionären Krieg der Vietnamesen bezahlt worden, die das Feuer des amerikanischen Imperialismus abbekamen. (Heute schufen die Kinder dieser Helden in unbeschreiblicher Armut als Immigranten in der Sowjetunion.) Der Zusammenbruch des weltweiten Booms der Ölpreise Anfang der 80er Jahre signalisierte den Zusammenbruch der stalinistischen Ordnung à la Breschnjew.

Der Kurs auf eine „Marktwirtschaft“ war eine reaktionäre Antwort auf die *objektive Sackgasse* der sowjetischen Wirtschaft nach sechs Jahrzehnten von Parasitismus und Mißwirtschaft der Bürokratie im Namen des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“. Mächtige Elemente der Bürokratie und der Intelligenz sahen keinen anderen Weg, um Produktivität und Effektivität zu steigern, als die Peitsche der Konkurrenz des Marktes (die Peitsche eines weiteren Berijas hätte nichts gebracht).

Natürlich haben die sowjetischen Werktätigen große Angst vor der Perspektive eines Übergangs zu einer „Marktwirtschaft“. Die am meisten verhaßte und verachtete Klasse von Leuten in der heutigen UdSSR sind die

preistreiberischen kleinkapitalistischen Unternehmer („Kooperativisten“) und die „Sowbour“-Parteibürokraten, die jetzt die Kollektivwirtschaft ausplündern, wo sie nur können, um ihren Einstieg in die neue Klasse von Eigentümern zu finanzieren. Eine Umfrage, die im *Wall Street Journal* (2. Januar) erschien, zeigt, daß nur *fünf Prozent* der sowjetischen Bevölkerung dafür eintreten, den Markt die Preise bestimmen zu lassen, während 75 Prozent wenigstens bei einigen Konsumgütern und Dienstleistungen Kontrollen beibehalten wollen. Sowjetische Werktätige wollen unbedingt ihre Arbeitsplätze erhalten, einen stabilen Lebensstandard beibehalten und ein Konsumniveau wie vor der Perestroika wiederherstellen.

Sie wollen jedoch nicht zurück zur bürokratischen Kommandowirtschaft und den polizeistaatlichen Kontrollen der Breschnjew-Ära. Im Sommer 1989 traten die Kohlebergarbeiter im Donbass in der Ostukraine und im Kuzbass in Sibirien in den Streik und nahmen diese Regionen effektiv in die eigene Hand. Seitdem hat es zahlreiche Streiks und Arbeitskämpfe gegeben, viele davon organisiert durch die offiziellen Gewerkschaften, die nicht länger unter strenger bürokratischer Kontrolle stehen. Im Dezember forderte eine Konferenz von 3000 Betriebsdirektoren in Moskau ein Streikverbot für drei Jahre. Wenn die Armee und Polizei eingesetzt werden, um streikende Arbeiter und ihre Gewerkschaften zu unterdrücken, dann werden die „Gesetz-und-Ordnung“-Hardliner viel von der Sympathie verlieren, die sie jetzt in der Bevölkerung haben als Reaktion auf das vorherrschende politische und wirtschaftliche Chaos.

Die sowjetischen Werktätigen müssen verstehen, daß sowohl die „demokratischen“ Intellektuellen als auch die „patriotischen“ Obristen die Produkte der endgültigen Degenerierung der reaktionären und parasitären stalinistischen Bürokratie sind. Beide sind Feinde und Unterdrücker des Proletariats im Interesse des Weltkapitalismus, die „Demokraten“ aus Jelzins Lager direkter und bewußter. Es ist höchste Zeit, daß das multinationale sowjetische Proletariat zu seiner eigenen Verteidigung gegen die Kräfte der kapitalistischen Restauration auftritt und dabei alle Flügel der Bürokratie hinwegfegt.

Es ist das schreckliche Erbe dieser Bürokratie, daß die Errungenschaften der Oktoberrevolution, hauptsächlich die kollektivisierte Planwirtschaft — die den größten Sieg des Proletariats in der Geschichte darstellt — in Scherben liegen. Die privilegierte Nomenklatura hat die sowjetische Wirtschaft jahrzehntelang ausgeplündert und unterminiert. Jetzt bereiten sie den Todesstoß vor: Die Parasiten sabotieren immer offener die Wirtschaft, um den Widerstand der Arbeiterklasse zu lähmen, und reißen sich alles unter den Nagel, um sich einzukaufen in die Spitze einer neuen Ordnung von direkter imperialistischer Ausbeutung und Herrschaft über die sowjetischen Völker. Sowjetische Arbeiter: Jede Position muß verteidigt werden gegen die parasitäre Bürokratie und die sich sammelnden Kräfte der bürgerlichen Mafias!

Die Stalinisten haben ungeheure Verbrechen begangen, von den sowjetischen Werktätigen große Opfer verlangt und ihnen endlose Lügen erzählt, alles im Namen des „Kommunismus“. Aber in den bevorstehenden Klassenschlachten zur Verteidigung der Werktätigen ist es das internationalistische Programm von Lenins Bolschewiki, fortgeführt durch die trotzkistische Linke Opposition in den 20er Jahren und durch die Vierte Internationale, die 1938 gegründet wurde — und die Internationale Kommunistische Liga heute —, das den Weg vorwärts weisen muß.

Nach Workers Vanguard Nr. 520 (15. Februar)
und Nr. 521 (1. März)

Räumt Treuhand und Kohl-Regierung weg!



ND/Ulli Winkler

Rostock, 20. Februar: 35 000 Arbeiter protestieren gegen Massenentlassungen und Vernichtung der Werften

Betriebsbesetzungen, Massenstreiks, Ost und West, jetzt!

Die deutsche Bourgeoisie hat große Reden darüber geführt, wie sie die DDR einfach schlucken würde. Jetzt fürchtet sie, daß sie daran erstickten kann. Die Erinnerung an Reichskanzler Kohls Versprechen vom letzten Jahr, daß es keinem schlechter gehen würde, provozierte

SPD/DGB-Bürokraten knebeln Arbeiterklasse

vor kurzem bei einer ÖTV-Demonstration wütende Buhrufe. Bonn und die Frankfurter Bankiers trudeln wegen der Ex-DDR in die Krise.

Das „D-Mark-Wunder“ bedeutet jetzt über drei Millionen Arbeitslose, massive Stilllegungen von Betrieben und ganzen Regionen. Der Interflug-Betriebsratsvorsitzende Siegfried Suchowski stellte treffend fest, es sei anscheinend „politischer Wille, nichts bestehen zu lassen, was an eine ehemalige DDR erinnern könnte“. Der ehemalige Arbeiterstaat wird von der kapitalistischen Marktwirtschaft verwüstet, und die Arbeiter sollen für alles bezahlen.

Am 27. Februar demonstrierten über 100 000 Arbeiter in verschiedenen Städten der Ex-DDR, darunter 50 000 Metalller, die vor dem Erfurter Landtag Ministerpräsident Duchac vom Rednerpult pffifen, als diesem zur Massenarbeitslosigkeit nur die bis zum Erbrechen wiederholte Geschichte von „40 Jahren SED-Diktatur“ einfallen wollte. In Leipzig demonstrierten über 10 000 ÖTVler, in Halle besetzten Tausende Arbeiter die Leninallee. Auch im Mansfelder Revier brennt es, dort machen die Bergleute mobil, nachdem die Treuhand die Stilllegung der Kupfer-Silber-Hütte Hettstedt und die Entlassung von 15 000 Kalibergleuten angekündigt hat. In Berlin blockierten 3000 Kurzarbeiter vom Werk für Fernsehetelektronik den Verkehr, und mehrere tausend Metalller demonstrierten in Köpenick/Oberschöneweide. Die Elektrophysikalischen Werke in Neuruppin, die ERMIC GmbH in Erfurt und die Chip-Fabriken in Erfurt-Südost wurden besetzt.

Die Spartakist-Arbeiterpartei betont, daß in dieser Krise ein Programm für einheitlichen, energischen Klassenkampf, in Ost und West, dringend notwendig ist. Um

Fortgesetzt auf Seite 7